

Volksrecht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in der Beilage der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Vertriebsstellen Reichs-Post-Vertriebsstelle 140, sowie durch alle Anzeigenstellen zu beziehen. — Bezugspreis in voraus zu entrichten wöchentlich 10 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptvertriebsstelle Breslau 2
Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 2151.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5652.

Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien, 25 Goldpfennige für Anzeigen aus dem Ausland. — Anzeigen unter 10 Zeilen werden nicht angenommen. — Kleinanzeigen werden nur für die nächste Nummer angenommen. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditur des Verlags eingereicht werden.

Eine Zentrumsstimme gegen die Agrarzölle

Das führende Zentrumblatt, die „Germania“, bringt heute einen Leitartikel unter der Überschrift „Arbeiterchaft und Schutzzölle“, in dem eine scharfe Ablehnung der Schutzzölle erfolgt. Unter anderem heißt es da:

„Es wird kaum geleugnet werden können, daß die Agrarzölle eine neue nicht unerhebliche Belastung für die arbeitenden Schichten der Lohnarbeiter bedeuten. Es hat keinen Zweck, diese Zölle zu erheben mit der Begründung, daß eine Erhöhung der Preise nicht zu erwarten sei. Eine Erhöhung der Preise ist jedoch der Zweck der Agrarzölle. Man mag darüber streiten, ob sich der Zoll ganz oder teilweise auswirkt, eine Erhöhung der Lebensmittelpreise ist mit dem Zoll unermesslich verbunden.“

Die Verteuerung der Lebensmittel läßt sich leichter ertragen, wenn Löhne und Gehälter erhöht werden können. Nun behauptet aber die Industrie bei jeder Gelegenheit, daß sie keine höheren Löhne und Gehälter zahlen könne. In einer Denkschrift an den Reichstagspräsidenten behauptet der Reichsverband der deutschen Industrie, Löhne und Gehälter müßten abgesenkt werden, weil sonst die Industrie nicht konkurrenzfähig wäre. Eine Erhöhung der Löhne zu erhöhen, wird von der Industrie entschieden in Abrede gestellt. Heute bereits ist die Arbeiterchaft für die schlechtesten Lebensmittel und Erntemittel angewiesen. Löhne und Gehälter nicht erhöht werden, dann mag die Landwirtschaft höhere Preise bekommen, aber der Verbrauch nicht. Es dürfte heute einwandfrei nachgewiesen sein, daß die gegenwärtige Agrarkrise auf die stark geschwächte Nachfrage zurückzuführen ist. Mit einer nicht unbedingt notwendigen Preiserhöhung kann die Agrarkrise also nicht beseitigt werden.“

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf einen Einwand eingegangen. Es wird gesagt, eine Erhöhung der Preise für Agrarprodukte würde die industrielle Beschäftigung steigern. Das ist nur bedingt richtig. Zurzeit bedeutet es nur eine Verfrachtung der Nachfrage in industriellen Erzeugnissen. Die Arbeiterchaft ihre Löhne nicht erhöhen, wenn die Preise der Lebensmittel steigen, dann müßte entweder die Nachfrage in industriellen Erzeugnissen oder nach Lebensmitteln zurückgehen. Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bedeutet also nicht eine Erhöhung der industriellen Beschäftigung im Lande.“

Diesen vernünftigen Worten entsprechen leider die Taten des Zentrums im Zollauschuss bisher nicht. Vielmehr hat auf diese Weise die Ablehnung der Agrarmindestzölle vorbereitet werden, die aber beim Verbleiben der Deutschnationalen in der Regierung durch entsprechende Verhandlungsmassnahmen an die Unterhändler nicht leicht werden können.

Scheidemanns Abschied von Cassel bewilligt

Cassel, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag beschloß eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung mit 64 Stimmen die Abschiedsgesuche des Oberbürgermeisters, des Seniors Scheidemann. Das Gesuch, das mit dem 1. Oktober in Kraft tritt und auf den Gesundheitszustand des Seniors Scheidemann zurückzuführen ist, wurde einstimmig bewilligt. Gleichzeitig wurde die Stadtverordnetenversammlung nachfolger Scheidemann den bisherigen Vizepräsidenten der Regierung in Cassel, Dr. Hermann Stadler. Als zweiter Bürgermeister wurde der Regierungsrat im preussischen Kultusministerium, Dr. Lahmeyer, gewählt. Er tritt sein Amt erst nach Ablauf der Amtsperiode des jetzt noch tätigen zweiten Bürgermeisters an.

Caillaux Senator

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer gestrigen Wahl für den im Departement Sarthe freigeordneten Sitz im Senat ist Finanzminister Caillaux ohne Gegenkandidaten mit 641 Stimmen gewählt worden. Es wurden 96 gespaltete Stimmen und 131 weiße Stimmzettel abgegeben.

Raum sechs Monate nach seiner Rehabilitierung durch das Verfassungsgericht ist Caillaux wieder Parlamentarier geworden. Die Tronie des Schicksals will es, daß sich seine Rückkehr ins Parlament in jener Körperchaft vollzieht, die ihn als Staatsrechtlichster vor sechs Jahren zu zehnjähriger Verbannung und Verbüßung der bürgerlichen Ehrenrechte wegen Einverständnis mit dem Feind verurteilt hatte. Der überraschende Wandel in den Zeiten, der sich in dem Namen Caillaux verkörpert, kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß der erdittierte Kampf, von der Reichspresse noch vor wenigen Wochen in Aussicht gestellt wurde, falls Caillaux es wagen sollte, wieder ein parlamentarisches Mandat zu begehren, ausgeblieben ist. Es wurde nicht einmal ein Gegenkandidat gegen ihn aufgestellt, vielmehr geht sogar die Rechte zum Teil für ihn gestimmt zu haben, während die unbedingtesten Stimmzettel, wie der „Vorwärts“ meint, gerade von denen herrühren dürften, die sich am tapfersten den Zeiten seines Unglücks für ihn geschlagen haben, nämlich den Sozialisten. Das liegt eben daran, daß die Finanzminister Caillaux von Anfang an eine angenehme Persönlichkeit für die arbeitenden Massen gewesen ist.

Dar an Schicksalschlägen so überreiche Leben Caillaux hat übrigens gestern um einen neuen schweren Zwischenfall erlebt. Etwa zur gleichen Stunde, in der er zum Senator gewählt wurde, war seine Frau, die in seiner politischen Laufbahn eine wichtige verhängnisvolle Rolle gespielt hat, das Opfer eines Autounfalls, als sie nach der Stadt Le Mans fuhr, wo sie eine Besichtigung des Schlosses von Sully-sur-Loire unternahm. Ihr Zustand ist ernst, wenn auch lebensfähig.

Annahme der „Abwertung“.

Entscheidende Abstimmungen im Reichstag.

Die zweite Lesung des Aufwertungsgesetzes wird fortgesetzt bei den §§ 16 und 17, die den Anmeldezwang behandeln. Hat der Gläubiger die Hypothek abgetreten und die Gegenleistung nach dem 14. Juni 1922 oder unter Vorbehalt der Rechte angenommen, so wird die Hypothek und die persönliche Forderung nach § 17 auf der Grundlage des für ihn maßgebenden Goldmarkbetrages, unbeschadet der Aufwertung zugunsten des Erwerbers, auch zu seinen Gunsten aufgewertet, sofern nicht in früheren Paragraphen festgelegte Ausnahmefälle vorliegen.

Abg. Dr. West (Völk.) will dem § 17 eine neue Fassung geben, welche die Rechte der Gläubiger erweitert. Der Redner kommt dann auf seinen Zusammenstoß am Sonnabend mit dem Reichsjustizminister Dr. Stresemann zurück und weist dessen Bemerkung, daß er sich dem Reichstagspräsidenten gegenüber ungeschicklich benommen habe, entschieden zurück. (Beifall links.) Er habe keine Kritik nicht geübt, trotzdem daß er der höchste Richter seines Heimatlandes gewesen sei, sondern gerade weil er dieses hohe Amt bekleidet habe. (Beifall links.) Er habe 20 Jahre in der Justiz gestanden und kenne gelernt, daß oft Recht zu Unrecht wird. In den Reichstagsdebatten der anderen Parteien seien manche, die gegen ihre Überzeugung aus Fraktionsrücksichten für das Kompromißstimmen. (Unruhe und Ohl-Rufe.) Der Redner schließt: Im stillen teilen viele meine Meinung, die es nur nicht offen zu sagen wagen. (Zustimmung links. — Unruhe und Widerspruch rechts und in der Mitte.)

§ 25 der Kompromißvorlage bestimmt, daß die Rückzahlung des Aufwertungsbeitrages durch den Gläubiger nicht vor dem 1. Januar 1925 verlangt werden kann; frühestens soll die Rückzahlung bis zum 1. Januar 1928 erfolgt sein. Das Gesetz sieht in besonderen Bestimmungen im § 27 vor, daß, falls der Gläubiger vor dem 1. Januar 1926 ab, in besonderen Fällen Vorauszahlungen in Höhe von jährlich höchstens 10 Prozent des Gesamtanspruches des Gläubigers erfolgen können.

Abg. Korjäh (Komm.) nennt die gesetzlichen Bestimmungen über die Rückzahlung eine ausführlichere Ausgabe der im § 8 der Vorlage zu alleinigen Gunsten des Schuldners einseitig veranordneten Härteklause. Der Betrag am Gläubiger sei so groß, daß der im § 4 des Gesetzes festgelegte Aufwertungsbeitrag von 25 Prozent im § 28 auf 0 Prozent reduziert werde durch den furchtbaren Zinsbetrag, der dort ausgerechnet werde.

Abg. Seiffert (Völk.) wendet sich namentlich gegen die gesetzliche Regelung der Verzinsung der Aufwertungsbeiträge, die er unter dem Begriff „Kaufschul-Paragrafen“ zusammenfaßt.

Abg. Gumminger (Agr. Vp.) verteidigt die Kompromißvorlage, die im § 27 noch immer Vorteile für den Gläubiger bringe, obwohl dieser Paragraph in einer Weise gegenüber seinem im Ausschuss beantragten Text verunstaltet worden sei, daß er dafür die Verantwortung ablehne. (Süß, hört! links.)

Abg. Ströbel (Soz.): Die Sozialdemokratische Partei erklärt es als eine Schande, wenn in dieser Weise der Grundbesitz zu Ungunsten der Hypothekengläubiger begünstigt wird. Wir beantragen deshalb, daß der Zinsfuß vom 1. Januar 1925 ab 5 Prozent betragen soll. Das liegt durchaus innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit der Schuldner. Die 5 Prozent sind um so mehr berechtigt, als sich die Situation der Schuldner gegenüber 1918 nicht verschlechtert hat. Es besteht die ungeheure Gefahr, daß die Hausbesitzer verhungern werden, die Mieten über 100 Prozent der Friedensmiete zu zahlen.

Die §§ 33-36 beschäftigen sich mit der Aufwertung von Industrieobligationen und verminderten Schuldverschreibungen, sowie dem Gesamtschuldnersrecht. § 33 bestimmt, daß der Aufwertungsbeitrag hierfür 15 Prozent betragen soll. § 34 enthält eine Härteklause, die dem Schuldner bei wirtschaftlich schwieriger Lage gestatten will, eine Herabsetzung der Aufwertung zu verlangen. § 35 bestimmt, daß die Aufwertung auch dann stattfindet, wenn der Gläubiger schon eine Leistung angenommen und sich seine Rechte vorbehalten hat. § 36 bestimmt, daß Rückzahlung, Verzinsung und Tilgung wie bei den Hypotheken vorzunehmen ist, soweit nicht die Reichsregierung etwas anderes bestimmt.

Abg. Keil (Soz.): Bei den Industrieobligationen wollte der Regierungsentwurf die Aufwertung nach wie vor auf 15 Prozent bemessen und jede Rückzahlung ausschließen. Die Mehrheit des Ausschusses hat diesen Vorschlag abgelehnt, eine zusätzliche Aufwertung von 10 Prozent in Form eines Genussscheines vorzunehmen, an der außer den noch nicht eingelassenen Industrieobligationen diejenigen Obligationäre teilhaben sollen, die ihre Obligationen vor dem 1. Juni 1920 erworben haben. Diese Lösung lehnen wir ab, weil wir der Meinung sind, daß diese Bestimmungen von keinem der Betroffenen Gläubiger verstanden wird.

Der Teil der Wirtschaft, der keine Schuldverschreibungen ausgeschrieben hatte, sondern mit eigenem Kapital arbeitet, muß die Rente aus diesem Eigenkapital auch herausarbeiten, abgesehen er aus der Entwertung der Schulden keinen Nutzen ziehen konnte. Man macht ferner geltend, daß eine höhere Aufwertung der Industrieobligationen deshalb unerwünscht sei, weil dadurch neues, sogenanntes Konsumkapital auf Kosten des sogenannten Produktionskapitals geschaffen würde, mit anderen Worten, weil damit Teile des Produktionskapitals flüchtig gemacht und verbraucht werden. Man braucht wirklich nicht über weitreichende landwirtschaftliche Kenntnisse zu verfügen, um zu wissen, daß es einen Produzenten ohne einen Konsumenten nicht geben kann. Es handelt sich auch wirklich nicht darum, die Produktionskapitalisten zu ermächtigen, sondern den Konsumkapitalisten das Mindeste zum Leben zu geben.

Bei den Industrieobligationen stehen im allgemeinen den Gläubigern wirklich zahlungsfähige Schuldner gegenüber. Ein Teil der Industrie mag nicht über die flüssigen Mittel verfügen, aber darum wird ja nicht die sofortige Barauszahlung der aufgewerteten Beträge verlangt, sondern einweisen nur die Anerkennung, die Verzinsung und die Auszahlung zu einer Zeit, in der sie wahrscheinlich möglich ist.

Das Genussscheinsystem, das der Ausschuss für die Abwertung einsetzt, steht in seiner Umständlichkeit im schroffen Widerspruch zu seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Es erweist mit Recht das höchste Mißtrauen bei den Gläubigern. Das Recht des Aktionärs auf mindestens 6 Prozent Dividende soll dem Recht des Obligationärs auf den geringsten Fruchtteil seines Genussscheines vorgehen. Es ist schon gesagt worden, daß wahrscheinlich in den nächsten Jahren kaum ein Industrieller mehr als 6 Prozent ausschütten wird, damit sind die Obligationäre hinsichtlich dieser Zuzugaufwertung erneut die Betroffenen. Mag das auch nicht wörtlich zu nehmen sein, so werden diese Unternehmungen schon wissen, wie sie die Genussscheinscheine zu tätigen haben. Wir lehnen das Genussscheinsystem ab und verlangen prinzipiell 40 Prozent an Aufwertung zu gewähren. Nachdem das bei § 4 abgelehnt worden ist, darf ich nicht mehr hoffen, daß unser Antrag hier Annahme findet. Über wünschenswerten der Gesamtantrag, der das Genussscheinsystem beseitigt und bei den Obligationären 25 Prozent festlegen will, sollte Annahme finden. Auf Grund einer Zusammenfassung von 94 Beschlüssen, deren Aktien an der Berliner Börse notiert werden, habe ich die Feststellung gemacht, daß es in der letzten Zeit, von den Gläubigern gegenüber den Schuldner zu beklagen, was nur der Schuldner durch seinen Gläubigern zu beklagen mag. (Beifall links.)

Abg. Dr. West (Völk.) bestimmt, daß § 27, vor § 30 unter anderem, daß vor dem 1. Juli 1925 erworbenen Schuldverschreibungen

Abg. Ströbel (Soz.): Wenn schon im allgemeinen bei dem Aufwertungsgesetz davon gesprochen worden ist, daß die Aufwertung oder besser die Abwertung nichts anderes als ein Raub an den Hypothekengläubigern sei, so tritt das besonders klar bei den §§ 25 bis 27 in der Erscheinung. Die abgewertete Hypothekenschuld wird noch einmal dadurch gelöst, daß die Rückzahlung erst nach einer Reihe von Jahren erfolgen soll. Der Gläubiger erhält statt seiner 100 Mark nur 25 Mark und diese auch erst viel später. Viele der Hypothekengläubiger befinden sich in einer bedürftigen Lage. Die Sozialdemokratie war der Meinung, daß die Rückzahlung möglichst bald erfolgen müsse. Sie stellte daher den Antrag, die Rückzahlung in vier Raten, und zwar die erste im Jahre 1927, die zweite 1929, die dritte 1931 und die letzte im Jahre 1933 vorzunehmen. Diese Forderung wäre von den Hypothekenschuldnern durchaus zu erfüllen, wenn man bedenkt, daß es sich um abgewertete Hypothek, also jedesmal um ein Sechstel der ursprünglichen Schuld, handelt. Diese und ähnliche Anträge der Sozialdemokratie aber wurden im Ausschuss von den Kompromissparteiern niedergestimmt.

Das vorliegende Kompromißgesetz ist sogar noch schlechter als die Regierungsvorlage, die eine Rückzahlung bis zum Jahre 1935 vorsah. Jetzt soll die Rückzahlung erst im Jahre 1938 beendet sein. Die Schuldner sind sehr wohl in der Lage, rascher abzurufen. Man braucht nur an die Landwirtschaft zu denken, die durch den Zollmüher ihre Preise in die Höhe hebt und hohe Profite einheimst. Ebenso zahlungsfähig ist der Hausbesitzer. Soll doch zum Beispiel die Miete vom 1. April 1926 ab den Friedensstand erreichen. Das bedeutet für den Hausbesitzer einen jährlichen Gewinn von einer Million.

Die Regierung hat erklärt, es würden andere Möglichkeiten gefunden werden, um die Hypotheken rascher zurückzahlen und zwar durch einen Umtausch der Hypotheken in Goldpfandbriefe der Hypothekendarlehen. Sehen wir uns aber diese Bedingung näher an, so müssen wir noch eine Schlechterstellung der Gläubiger konstataieren. Die Hypotheken-Goldpfandbriefe sollen mit 4 Prozent verzinst werden, während die Hypothekengläubiger vom Jahre 1928 an 6 Prozent Zinsen erhalten. Außerdem ist noch ein Umtauschbeitrag von 2 Prozent in Abzug zu bringen, so daß also für die Hypothekengläubiger keinesfalls ein Vorteil herauspringt.

Dr. West hat mit Recht hier wiederholt darauf hingewiesen, daß das Gesetz auf die Begünstigung der Schuldner abzielt und auf die Benachteiligung der Gläubiger, und zwar deshalb, weil in den Reihen der Schuldner die Besitzenden überwiegen, deren Interesse für die Kompromissparteiern auslaggebend ist.

Abg. Dr. West begründet fernerhin ähnliche Anträge.

§ 28 bestimmt: Der Aufwertungsbeitrag ist bis zum 1. Januar 1925 unverzinslich; rückständige Zinsen werden erlassen. Vor: 1. Januar 1925 ab beträgt der Zinsfuß 1,2 Prozent, vom 1. Juli 1925 ab 2,5 Prozent, vom 1. Januar 1928 ab 3 Prozent und vom 1. Januar 1933 ab 6 Prozent. Wenn dem Schuldner nach 1922 weitere Einzahlungen ermöglicht werden, so soll die Regierung ermächtigt sein, den dann in Frage kommenden höheren Zinsfuß zu bestimmen. — § 29 bestimmt, daß die Rückzahlung zur Befristung von Forderungen betragen bis zum 1. Januar 1926 nicht. Die Aufwertungsbeiträge sind auf Grund des Gläubigers den Aufwertungsbeitrag erhöhen können, wenn die entsprechende Lage des Schuldners es gestattet.

Am 1. Juli 1922... auf die Liquidation am Reingewinn des Schuldners und am Liquidationsgewinn haben, wobei 10 Prozent des Goldmarkbetrages der Schuldverschreibung als Kennwert zugrundegelegt werden sollen.

Hr. Dr. Heß erklärt, die Großindustrie habe durchgehend, daß bei Industrie-Obligationen nicht einmal 25 Prozent, sondern nur 15 Prozent aufgewertet und dazu nur noch ein Guthaben von sehr zweifelhaftem Werte gegeben werde.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus

Wir haben im Wirtschaftsministerium sehr eingehende Beratungen in dieser Richtung angestellt, die sich auf die am liebsten Zahlen von 51 Prozent der Industrie beziehen, und wir haben festgestellt, daß diese Betriebe heute unter Berücksichtigung der Vorzüge des Regierungsbankrotts, insgesamt noch mit 70 Prozent ihrer Vermögensgegenstände belastet sind.

Hr. Heß (Soz.) glaubt nicht, daß die Industrie von der komplizierten Regelung der Vermögensgegenstände Gebrauch machen werde. Das Haus nimmt dann die vollständigen Bestimmungen.

vor. Ein sozialdemokratischer Antrag, der im § 10 die Unterhaltsberechtigten und Verpflichteten (Absatz 3) von der Möglichkeit ausschließen will, von dem normalen Aufwertungsgehalt abzuweichen, wird in zweifacher Abstimmung mit 161 gegen 231 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Sozialantrages Reil (Soz.) mit 175 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Es bleibt also bei dem Satz der Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Der Fall Robert Robertson.

Roman von Eben Elvén.

„Erinnern Sie sich“, fragte er nun, „daß ich Joseph in der Tasse des Tees in Kopenhagen wie in der des Ermordeten in Berlin ein Kettenschild nach Gustave besah, das nur für eine Tour benutzt war?“

„Ja“, antwortete er, „ich erinnere mich, aber ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, daß ich in der Zeitung Les Diables Jennesen habe, als er das erste Mal im Café Dabbava war, gehört, wie jemand im Zimmer rief: 'Spiel!'“

3. Steuernotverordnung 1922... Am 1. Juli 1922... auf die Liquidation am Reingewinn des Schuldners und am Liquidationsgewinn haben, wobei 10 Prozent des Goldmarkbetrages der Schuldverschreibung als Kennwert zugrundegelegt werden sollen.

Hr. Dr. Heß erklärt, die Großindustrie habe durchgehend, daß bei Industrie-Obligationen nicht einmal 25 Prozent, sondern nur 15 Prozent aufgewertet und dazu nur noch ein Guthaben von sehr zweifelhaftem Werte gegeben werde.

Die Biersteuer im Ausschuss.

Am Montag nahm der Steuer Ausschuss die geplanten Erhöhungen für die Biersteuer, die ungefähr 40 bis 45 Prozent ausmachen, an. Dabei wußte sich das tragikomische Ereignis, daß die sogenannte Wirtschaftspartei, die ja ihr Bestehen eigentlich nur dem Steuerdruck unter den kleinen Geschäftleuten, besonders der Werte verdankt, für die Erhöhung eintrat.

Die Steuererläge lauten sich nach den neuen Beschlüssen wie folgt auf: 6 Reichsmark für die ersten 1000 Hektoliter, 6.50 Reichsmark für die folgenden 1000 Hektoliter, 7.20 Reichsmark für die folgenden 8000 Hektoliter, 7.60 Reichsmark für die folgenden 10 000 Hektoliter, 7.75 Reichsmark für die folgenden 10 000 Hektoliter, 8.20 Reichsmark für die folgenden 60 000 Hektoliter, und 9 Reichsmark für den folgenden Rest.

Minister Neuhaus erklärte, daß die Regierungspartei über einen sozialdemokratischen Antrag, die durch Erhöhung der Biersteuer arbeitlos werden den Arbeiter und Angestellten aus Reichsmitteln zu entschädigen, es wurde beschlossen, sich während der zweiten Sitzung darüber weiter zu unterhalten.

Der Kampf um die Angestelltenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat seine Beratungen über die Forderung des Angestelltenversicherungsgegesetzes am Montag in zweiter Lesung beendet. Der in erster Lesung gefasste Beschluß, die Versicherungsbeitragsgrenze auf 5000 Mark zu erhöhen, wurde in zweiter Lesung von den Regierungsparteien wieder umgeworfen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Um die Zölle der Metallindustrie.

Die Verhandlungen im Handelspolitischen Ausschuss sind, seit über die Metallwaren verhandelt, wesentlich lebendiger geworden.

In der Spezialdebatte fragte Genosse Bismann die Regierung, inwiefern die Klagen der Schwerindustrie bei den vorläufigen Beschlüssen gefunden haben. Die schlechte Lage der Metallindustrie zum Beispiel könne unter keinen Umständen wie es die Ausstellungen der verschiedenen Interessengemeinschaften glauben machen wollen, auf die Beschränkung der Arbeitszeit, die angeblich zu hohen Löhnen zurückgeführt werden.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Um die Zölle der Metallindustrie.

Die Verhandlungen im Handelspolitischen Ausschuss sind, seit über die Metallwaren verhandelt, wesentlich lebendiger geworden.

In der Spezialdebatte fragte Genosse Bismann die Regierung, inwiefern die Klagen der Schwerindustrie bei den vorläufigen Beschlüssen gefunden haben. Die schlechte Lage der Metallindustrie zum Beispiel könne unter keinen Umständen wie es die Ausstellungen der verschiedenen Interessengemeinschaften glauben machen wollen, auf die Beschränkung der Arbeitszeit, die angeblich zu hohen Löhnen zurückgeführt werden.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Der Kampf um die Angestelltenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat seine Beratungen über die Forderung des Angestelltenversicherungsgegesetzes am Montag in zweiter Lesung beendet.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Am 15. Juli 1922... die Kompromißpartei von 15 Prozent Aufwertung der Industrie-Obligationen und 20 Prozent bei den anderen.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

BRAUEREI und AUSSCHANK
Zum großen Meerschiff
 Inh.: E. Vogel
 Reuschestraße 26 Telefon: Ring 9235

Nur selbstgebrante Biere
 Anerkannt gute Küche

Empfehle:
Jamaika-Rum
Arrak-Verschnitt
 u. Edelkore
 in vorzüglicher Qualität
A. Wejke, Breslau VIII
 Klosterstraße 85/87

Schallplatten-Bergmann
 Breslau, Karisplatz 1, II
Spezial-Geschäft
 Tausch-Zentrale
 Neueste Schlager 250 und 330

Paul-Melior Schroeder
 Aufnahmen aller Art
 Spezialität: Kinder- u. Braut-Aufnahmen
 Inhaber: G. Hammer
 Friedrich-Wilhelm-Straße 60/61

Spezialgeschäft in Glas-, Porzellan-, Steingut-, Haus- und Wirtschafts-Artikeln
Heinrich Birkenfeld Matthiasstraße 108
 Parteimitglieder erhalten 5% Rabatt!

W. Müller
 Billigste Bezugsquelle sämtlicher Haus- und Küchengeräte
 Frankfurterstraße 127

Wittmann's Seltene, Reuschestr. 43/44
 Netzherrich

F. Silbermann, Westend-
 Haus- u. Küchengeräte, Glas u. Porzellan
 Friedrichstraße 20
 Teleph. Ohle 6372

Albert Mendel
 Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte
 Friedrichstraße 20
 Teleph. Ohle 6372

Paul Rother
 Angoststr. 23
 Tel. 50546

Mod. Tapeten in allen Preislagen
 empfiehlt Tapetenhaus
W. Müller, Brühlstr. 72 - Tel. 8 567

Fr. J. Meinhardt
 Am Ratsam 10
 Am Ratsam 10
 Am Ratsam 10

Lufgewehr
 für Vereine, auch teilweise Kleinkaliber-Sportbüchsen
 Teaching, Pistolen, Revolver, Reparaturen, Munition

Anf. Max Schmickal, Breslau
 Kupferschmiedestraße 49, am Neumarkt

Möbel-Roth
 Blücherplatz 9 Gegründet 1876
 Leichte Zahlungsbedingungen.

Möbelhaus M. Eisinger
 Möbel von einfachster bis elegantester Ausführung

S. Brandt & Co.
 Gediegene Möbel.
 Gartenstraße 65

Daniel Hoffmann
 Inh.: Eduard Fieber
 Breslau 9, Parkstraße 13
 Billigste Bezugsquelle in Kolonialwaren, Delikatessen, Liköre und Weine, zum Beispiel:
 Jamaika-Rum 2,50
 Weibbrand-Verschnitt 2,50
 Jamaika-Rum-Verschnitt 2,50
 Liköre 2,50
 Wiederverkäufer und Gastwirte extra Rabatt!

Spezialgeschäft für feinste Mehl- und Hülsenfrüchte
 Alle Arten Futtermittel
Richard Schülze
 Albenstraße 44.

Richard Schülze
 Kolonialwaren, Mehl- und Hülsenfrüchte
 gut und preiswert.
 Das gute Geschäft.

WIEMOHAUS BRESLAU
 Kleiderstoffe — Baumwollwaren — Wäsche und Damen-Konfektion
 Steter Eingang von Neuheiten
 Schärfste Kalkulation — Billigste Preise
 Annahme und Ausführung vollständiger Ausstattungen
 Reuschestraße 20/21

J. Gruner, Laurentzienstr. 168
 Kolonialwaren — Delikatessen

Hermann Lukas, Viktoria-
 Billigste Bezugsquelle von
 Kolonialwaren und Delikatessen
 Viktoriastraße 24

Lina Schuch
 Kolonialwaren — Delikatessen
 Lohestraße 50
 Tel. Ohle 9088

Eduard Jahnel, Breslau
 Kolonialwaren, Wein-, Tabak- u. Zigarrenhandlung
 Herdainsstr. 59
 Tel. Ohle 1658

Paul Märsche
 Kolonialwaren
 Oelnerstraße 15

Richard Jonas, Steinauer Straße Nr. 28
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bruno Kastner
 Brigittental 15
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Carnis G. m. b. H., Breslau, Schlachthof.
Albert Simmich
 Hedwigstraße 21,
 Ecke Sternstraße
 Fleischerei u. Wurstfabrik



Achtung! Hausfrauen!
Gefrierfleisch bedeutend im Preise herabgesetzt
 30 Prozent billiger
 als Frischfleisch.
 In Geschmack wie frisches Fleisch. — Qualität: Allerbestes Mastochsenfleisch. — Probekauf führt zu dauerndem Bezug.
 Verkaufsstellen:
Markthalle I, Ritterplatz/Hinzstraße.
Markthalle II, Garten-/Friedrichstraße.

Höflich & Rotzur, Neblgasse 55
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Adolf Biedermann
 Gräbschener Str. 263
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann,
 Herdainsstraße 106.
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Victor Warwas
 Hubenstr. 112
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bewohner des Odertors!
 Die billigste Bezugsquelle in Fleisch- und Wurstwaren findet Ihr bei
Adolf Wolf, Molkereistraße 13.

Felix Jacob
 Matthiasstraße 177.
 Billigste Bezugsquelle für ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Oskar Hubrig
 Selenkestraße 5
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Spallek
 Fickelstraße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Friedrich Kempe
 Kospothstraße 23
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt
 Weißbunger Straße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Otto Kies
 Hirschstraße 70
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Karl Mann
 Hirschstraße 79
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Julius Schmidt
 Matthiasstraße 174
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oskar Igel
 Neudorfstraße 44
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Max Breuer, Steinauer Straße 6
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Vogler
 Piaststraße 28
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Max Freudenberger
 Mariannenstraße 4
 ff. Fleisch- und Wurstwaren.

Adolf Mücke
 Matthiasstraße 77
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Anzüge Ulster Windjacken
 Herren-Bekleidungshaus
Rudolf Hänel
 33 Adalbertstraße 33
 Ecke Schwendelstr.
 Anfertigung eleg. Maßarbeit
 Stoffe u. Verarb. enggenommen
 Teilzahlung gestattet.

Möbel
 aus erster Hand
 daher am billigsten.
 Wohn-Einrichtung,
 Schlaf-, Speise- und
 Herrenzimmer, Küchen-
 Einzelmöbel spottbill.
 Großes Lager.
Eugen Mattern
 Tischlermeister
 Adalbertstraße 24.

Fahrräder u. Ersatzteile
 kaufen Sie billig
 Reparaturwerkstätte
 Lohestraße 87

Emaillierungen
 von Eisen- und Metallteilen
 Fahrrad-Emaillier-Ausstatt
 Neue Weltgasse 34.

Handgerichtet
 sind die Augen aller
 Arbeiter auf
 Friedrich-Wilhelmstraße 13
 Arbeiter-Bekleidung
 jeder Art.
 Auch Extra-Anfertigung.
 Inh.: Karl Kröger.

Max Köhler
 Kienstraße 26
 Telefon: Ring 7857
 Bäckerei, Honigkuchen-
 und Zwieback-Fabrik

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
 empfiehlt
Gustav Barisch, Fleischerei u. Wurstfabrik
 Nummer 16.

Emil Knöppel
 Schießwägenstraße 51
 ff. Fleisch u. Wurstwaren

Fritz Kaps, Klosterstraße 7
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Ernst Hoffmann
 Bärenstraße 50
 Filiale: Hildebrandstr. u. Alsenstr. 26
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Dzallas, Neblgasse 41
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Stampe, Kospoth-
 ff. Fleisch- und Wurstwaren
 Kospothstraße 5

Paul Jarka, Hildebrandstraße 27
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Josef Lompa, Wein-
 ff. Fleisch- und Wurstwaren
 Weinstraße 13

Aifons Schmidt
 Scheitniger Straße 30
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

L. Adler
 Wild und Geflügel, Schweinsköpfe
 Oderstraße 2 Telefon Ring 1689

Hans Dulog
 Nachodstraße 23
 Bäckerei / Konditorei / Bestallgeschäft
 Telefon: 50 437

Wilhelm Pajonk
 Anderassenstraße 27
 Brot- und Kuchenfabrik
 Fernruf Ohle 9477

Julius Krause
 Bäckerei und Konditorei mit elektr. Betrieb
 Rosenstraße 34
 Tel. Ohle 8472

Friedrich Berger
 Kreuzstr. 38 — Tel. Ring 6673
 Bäckerei . Konditorei . Bestellgeschäft

Paul Schroller
 Waterloostraße 14
 Bäckerei Konditorei

Reinhold Hübner
 Bäckerei und Konditorei
 Rosenstraße 16

Curt Basler
 Lehmdamm 44
 Konditorei und Bestellgeschäft
 Rebenstraße 12a

Kuchen bei Blaschke
 Bäckerei, Bismarkstr. 29

Fritz Grieger
 Fries-Brot
 Makronen-Keks — Teegebäcke — Kuchen
 Mehlgasse 30

Georg Zorowka
 Westend-
 Bäckerei — Bestellgeschäft
 mit elektr. Betrieb
 Straße 65

Otto Werner
 Bäckerei und Konditorei mit elektrischem Betrieb
 Bergstraße 30

Hermann Scholz
 Gräbschenerstraße 68, Tel. Rg. 40898
 Bäckerei und Konditorei

Paul Mohry
 Hirschstraße 69
 Bäckerei — Bestellgeschäft
 Telefon: Ohle 4961

Auguste Hoffmann
 Rosenthaler Straße 51
 Wäsche — Trikotagen — Stoffe

Hans Fink, Breslau I, Am Neumarkt 16
 Wolle, Trikotagen, Zwirn, Nähgarne, Strumpfwaren
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Gebr. Meister
 Herren- und Knaben-Bekleidung
 Albrechtstraße 40, parterre, I und II. Etage.
 Gegründet 1866. Tel. Ring 2052.

Kaufhaus Adler
 Fürstenstraße 2
 Spezialhaus für Berufskleidung jeder Art
 Manufakturwaren, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Trikotagen, Strümpfe, Hausschuhe
 Besondere Angebote in Schürzen

Wäschehaus „Volkswohl“
 Berufs- und Arbeitersachen
 Paulstraße 23 Hugo Klose

Martha Thiel
 Billigste Bezugsquelle für Strümpfe, Trikotagen und Wäsche jeder Art
 Steinauer Straße 28.

Reinhold J. Ruben
 Herren-Bekleidung fertig und nach Maß
 Frankfurter Straße 60/63

Alfred Fechner, Matthiasstraße 150.
 Herrenartikel, Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Wäsche — Teilzahlungen

Georg Schönelch, Frankfurter Straße 115
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Direkt 17. Sonntag, den 19. Juli, findet unser gemeinsamer Familienausflug nach dem Oswiker Walde...

Direkt 24. Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr: Auserwählte Bezirksversammlung im Lokal 'Zum Schwendeb.'...

Direkt 30. Freitag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr: Auserwählte Bezirksversammlung. Vortrag des Genossen Zimmer...

Direkt 31. Samstag, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr: Auserwählte Bezirksversammlung. Vortrag des Genossen Zimmer...

Direkt 1. Sonntag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr: Auserwählte Bezirksversammlung. Vortrag des Genossen Zimmer...

Direkt 2. Sonntag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr: Auserwählte Bezirksversammlung. Vortrag des Genossen Zimmer...

Breslauer Nachrichten

Breslau, 14. Juli

Unsere Zeitung.

Ein Genosse schreibt: Wenn sich der Abend über das Heimatgebiet unserer Zeitung... wenn überall da, wo sie hingelangt, ihr Inhalt studiert...

Hierüber können die mannigfaltigsten Betrachtungen angestellt werden, von denen einige angeführt werden sollen. Die meisten von denen, die unsere Zeitung zu wenig... die Zeitung nicht ganz seinem Willen entspricht...

Wie verhält man sich am Jahrtartenhalter? An den Jahrtartenhaltern der Bahnhöfe werden die Fahrtarten häufig in ungeeigneter Weise gefordert. Reisende, welche eine schleunige Abfertigung wünschen...

Freigewerkschaftliches Jugendblatt.

Alle Mitglieder der freigewerkschaftlichen Jugendabteilungen erscheinen Mittwoch, abends 8 Uhr, zum Sprechstunde im Gewerkschaftshaus.

Baugewerksbund: Am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, ist unsere Beratungskonferenz im Gewerkschaftshaus.

Graphische Jugend: Am Donnerstag Spielen auf der Wilmstraße.

Lehrerjugend: Donnerstag Spiel und Sport auf der Lindenstraße.

Metallarbeiterjugend: Heute abend ist Frageabend im Heim; vorher Brettspiele. Gäste willkommen.

3. d. Mts. Jugend: Dienstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Probe der Musikabteilung im Heil. Geist-Gymnasium.

Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, Mandantinnenprobe im Gewerkschaftshaus.

Abends 8 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses: Wichtige Mitgliederversammlung.

Lithographen und Steindruckere: Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Juli, findet in Breslau, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, unter Erstes Schlesisches Gau-Jugendtreffen statt.

Arbeitsplan der Breslauer Arbeiter-Jugend in der Woche vom 13. bis 19. Juli.

Heim 1 (Städtisches Jugendheim, Matthiaskunft). Freitag: Frageabend, Sonntag: Fahrt.

Heim 2 (Schulhaus Diener Straße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Arbeiterschaft. Sonntag: Nachfahrt nach Jettelbusch.

Heim 3 (Kinderhort, Michaelisstraße 36). Freitag: Unsere Literatur. Sonntag: Heimwanderung nach Schöckau.

Heim 4 (Schulhaus, Reichstraße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Republik. Sonntag: Fahrt nach Kras.

Heim 5 (Schulhaus, Berliner Straße). Freitag: Heimabend, Sonntag: Wanderschaft.

Heim 6 (Schulhaus, Kriegerstraße). Mittwoch: Funktionärsführung, Freitag: Frageabend, Sonntag: Fahrt.

Heim 7 (Elisabeth-Gymnasium). Freitag: Vespereabend: Eine Reise nach Island. Sonntag: Nachfahrt.

Heim 8 (Baracke, An den Leichädern). Freitag: Sexuelle Fragen. Sonntag: Fahrt in die Muderauer Wälder.

Heim 9 (Schulhaus, Waterloostraße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Gewerkschaften. Sonntag: Wanderung.

Heim 10 (Schulhaus, Arletiusstraße). Sonntag: Fahrt nach Boben.

Heim 11 und 12 (Schulhaus, Fürstenstraße). Freitag: Jugend und Sexualleben, Sonntag: Fahrt nach dem Schloßteral.

Heim 13 (Bender-Oberrealschule, Lehndamm). Freitag: Mitgliederversammlung, Sonntag vormittag: Beschäftigung des 'Vorwärts'. Nachmittag: Lieberabend.

Heim 14 (Bender-Oberrealschule, Lehndamm). Mittwoch: Funktionärskursus, Freitag: Bezirksversammlung, Sonntag: Beschäftigung des Botanischen Gartens.

Dienstag: Funktionäre: 'Das Jugendproblem der Gegenwart'. Mittwoch: Volkstanzgruppe, Gewerkschaftshaus.

Dienstag: Zusammenkunft der Hamburg-Fahrer im Schulmuseum, Paradiesstraße.

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein Breslau. Kameraden, welche auf ihre Kosten an der Verfassungsfest und dem Großdeutschen Tage in Berlin am 8. und 9. August d. Js. teilnehmen...

Bereinstalender. Oberstes Erlaubnisblatt. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Matthiaskunft, Matthiaskunft 1, Ecke Poststraße. Gäste willkommen.

Freigewerkschaftliches Jugendblatt.

Alle Mitglieder der freigewerkschaftlichen Jugendabteilungen erscheinen Mittwoch, abends 8 Uhr, zum Sprechstunde im Gewerkschaftshaus.

Baugewerksbund: Am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, ist unsere Beratungskonferenz im Gewerkschaftshaus.

Graphische Jugend: Am Donnerstag Spielen auf der Wilmstraße.

Lehrerjugend: Donnerstag Spiel und Sport auf der Lindenstraße.

Metallarbeiterjugend: Heute abend ist Frageabend im Heim; vorher Brettspiele. Gäste willkommen.

3. d. Mts. Jugend: Dienstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Probe der Musikabteilung im Heil. Geist-Gymnasium.

Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, Mandantinnenprobe im Gewerkschaftshaus.

Abends 8 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses: Wichtige Mitgliederversammlung.

Lithographen und Steindruckere: Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Juli, findet in Breslau, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, unter Erstes Schlesisches Gau-Jugendtreffen statt.

Arbeitsplan der Breslauer Arbeiter-Jugend in der Woche vom 13. bis 19. Juli.

Heim 1 (Städtisches Jugendheim, Matthiaskunft). Freitag: Frageabend, Sonntag: Fahrt.

Heim 2 (Schulhaus Diener Straße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Arbeiterschaft. Sonntag: Nachfahrt nach Jettelbusch.

Heim 3 (Kinderhort, Michaelisstraße 36). Freitag: Unsere Literatur. Sonntag: Heimwanderung nach Schöckau.

Heim 4 (Schulhaus, Reichstraße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Republik. Sonntag: Fahrt nach Kras.

Heim 5 (Schulhaus, Berliner Straße). Freitag: Heimabend, Sonntag: Wanderschaft.

Heim 6 (Schulhaus, Kriegerstraße). Mittwoch: Funktionärsführung, Freitag: Frageabend, Sonntag: Fahrt.

Heim 7 (Elisabeth-Gymnasium). Freitag: Vespereabend: Eine Reise nach Island. Sonntag: Nachfahrt.

Heim 8 (Baracke, An den Leichädern). Freitag: Sexuelle Fragen. Sonntag: Fahrt in die Muderauer Wälder.

Heim 9 (Schulhaus, Waterloostraße). Freitag: Arbeiter-Jugend und Gewerkschaften. Sonntag: Wanderung.

Heim 10 (Schulhaus, Arletiusstraße). Sonntag: Fahrt nach Boben.

Heim 11 und 12 (Schulhaus, Fürstenstraße). Freitag: Jugend und Sexualleben, Sonntag: Fahrt nach dem Schloßteral.

Heim 13 (Bender-Oberrealschule, Lehndamm). Freitag: Mitgliederversammlung, Sonntag vormittag: Beschäftigung des 'Vorwärts'. Nachmittag: Lieberabend.

Heim 14 (Bender-Oberrealschule, Lehndamm). Mittwoch: Funktionärskursus, Freitag: Bezirksversammlung, Sonntag: Beschäftigung des Botanischen Gartens.

Dienstag: Funktionäre: 'Das Jugendproblem der Gegenwart'. Mittwoch: Volkstanzgruppe, Gewerkschaftshaus.

Dienstag: Zusammenkunft der Hamburg-Fahrer im Schulmuseum, Paradiesstraße.

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold. Ortsverein Breslau. Kameraden, welche auf ihre Kosten an der Verfassungsfest und dem Großdeutschen Tage in Berlin am 8. und 9. August d. Js. teilnehmen...

Bereinstalender. Oberstes Erlaubnisblatt. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Matthiaskunft, Matthiaskunft 1, Ecke Poststraße. Gäste willkommen.

Angerstein zum Tode verurteilt.

Hamburg, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Kassen- und Kassendirektor Angerstein wurde am Montag achtmal zum Tode verurteilt.

In der Vormittagsung der Gerichtsverhandlungen plädierte zunächst die beiden Vertreter der Anklage. Oberstaatsanwalt Dr. Bachmeister schilderte zunächst die Vorgänge im Zusammenhang mit dem 1. Dezember 1924, die nach seiner Darstellung den Aufstieg zu dem großen Drama bildeten. Eingehend ging er auf die Unterstellungen Angersteins im Jahre 1924 zu sprechen. Von dieser Unterstellung ging er über zu der Behauptung Angersteins, daß er unter dem Druck von Kollegen und im Interesse der Firma gehandelt habe. Der Angeklagte habe sehr ausgeglichen von keinem Recht zu sagen, was er gemacht. Das unterstellte Geld habe er für seine persönlichen Bedürfnisse und für die hohen Anwaltskosten verwendet. Etwa 1 1/2 Stunden sprach dann Staatsanwalt Dr. Hofmann, der die ersten Ermittlungen geleitet hatte. Er selbst sei über die Entdeckung, daß Angerstein seit der Tat der in ganz Deutschland aufsehenerregenden schändlichen Mordtat, einseitig die Bevölkerung habe sich nach dieser Entdeckung eine eigene Erregung bemächtigt, daß sie Angerstein im Krankenhaus nicht wolle. Aufgabe der Geschworenen sei es, ein gerechtes Urteil zu fällen, das dem Empfinden des Volkes Rechnung trage. Der Nachweis, daß Angerstein die acht Morde begangen hat, sei ein vollkommen erbracht worden. Von einer Wahnsinnstheorie könne keine Rede sein, vielmehr handle es sich um einen hochgradig intelligenten Mann, der wahrscheinlich schon am Sonntag vor der Tat in ihm gereift sei. Bezeichnend für die Ruhe bei der Ausführung sei die fortwährende Reinigung des Messers und der Umkleekabine, daß er an seinen Bruder einen Brief geschrieben habe. Für seine Ueberlegung spreche auch das Abstellen des Wasserbedens und seine verschiedenen Unterredungen in der Nacht nach der Mordtat. Der Staatsanwalt kommt zu dem Schluß, daß Angerstein nicht im Affekt gehandelt hat, sondern des Mordes in acht Fällen überführt sei. Daher beantragt er, den Angeklagten wegen Mordes achtmal zum Tode zu verurteilen und in jedem Falle die 6 gerichtlichen Ehrenrechte abzuerkennen. Abschließend kam zunächst der Vertreter der Verteidigung, Rechtsanwalt Dr. Herzeleid-Olsen, der behauptet, daß die Tat ein Verbrechen ist, ohne Ueberlegung. Der Verteidiger hat die Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten zu beseitigen und ihn nur wegen Totschlags zu verurteilen. — Als der Vorsitzende dem Angeklagten das letzte Wort geben wollte, erklärte dieser, daß er erst nach dem Urteil etwas sagen wolle. Daraufhin zog sich der Gerichtshof zurück.

Zum Gerichtsfall und vor dem Gerichtsgebäude hatte sich ein Urteilsvorlesung eine große Menschenmenge eingefunden. Um 10 Uhr erschien der Gerichtshof und der Vorsitzende verles die Urteile, daß das Verbrechen wegen der Anklagepunkte a) bis e) auf Mord eingestuft sei. Er gab dann ein ausführliches Bild der Tatverhältnisse, wie es die Verhandlung ergeben hat. Der Angeklagte gehe zu, vorsätzlich gehandelt zu haben, habe die Mordtat mit Ueberlegung und nach dem Willen der Willensbetätigung ausgeführt. Die Frage sei, ob der Zustand der Geistesfähigkeit des Angeklagten bestimmt oder ob das Bewußtsein vorhanden gewesen sei. Das Gericht habe festgestellt, daß eine Geistesstörung oder Bewußtlosigkeit in keiner Weise vorgelegen habe. Um eine Frau zu töten, habe er den Revolver geholt; diese habe die Waffe bemerkt und ihm die Waffe entzogen. Daraufhin sei er mit dem Revolver auf seine Frau losgegangen. Hierbei habe der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt. Die Frau habe die Tötung abgelehnt, dennoch sei er nicht zur Weichung gekommen, weil der Wille zur Tötung härter war. Nachdem er die Frau umgebracht hatte, habe er den Entschluß gefaßt, sich ein anderes Mordwerkzeug zu verschaffen. Dabei sei er in dem Entschluß, alle zu töten, die seiner Frau nicht gut wollten, in den Keller gegangen, um das Fell zu holen. Als die Schwiegermutter die tote Frau fand und schrie: „Fritz, was hast du getan?“ habe er auf sie eingeschlagen. Für die Ueberlegung spreche, daß der Angeklagte das Fell hierzu zwei Stiegen tief holte. Die Tötung der Schwiegermutter war schon eine Maßnahme gegenüber einer späteren Entdeckung. Der gestörte Stolz gab er zuerst einen Schlag mit dem Fell, dann stellte er das Sämpfen auf den Boden und schlug das Fell mit beiden Händen. Die Ausführung dieser Tat grenzte bereits ans Handwerksmäßige. Der Angeklagte wolle so das Gelingen, als ob die anderen Getöteten ihn überprüften; das Gegenteil sei der Fall, er habe die anderen überfallen. Die Tötung von Geis und Ditthardt stelle sich als Mordmord dar. Auch Kiel habe er nach oben gelockt und mit Ueberlegung getötet. Nach dessen Tötung habe er das Fell abgewaschen, ebenso nach der Tötung der Gula Barth, die eine Bierstunde später kam. Nach der Tötung des Darr ist der Angeklagte sofort zu Schutzmaßnahmen übergegangen. Er hat im „Volksrecht“ Journal und Kassendruck verbrannt und schrieb einen Brief an den Bruder, dann ist er in die Stadt gegangen und hat zahlreiche Personen angeprochen. Bei seiner Rückkehr ist ihm der Plan gekommen, Feuer anzulegen. Seine Sätze habe sich Angerstein nicht in selbstmörderischer Absicht gesagt. Aus allem ergebe sich, daß der Angeklagte mit voller Ueberlegung tötete. Er sei sich auch über den Zweck seines Tuns klar gewesen. Es lägen dafür logenante Motive vor, deren Wirkung sich überzeuge, um deren Einwirkung nicht fehlbar sei. Ganz könnte man allerdings die Tat nie verstehen. Aus all diesen Gründen lautet das Urteil wegen Mordes in acht Fällen auf achtfache Todesstrafe.

Der Angeklagte erklärte mit leiser Stimme, das Urteil annehmen zu wollen. Der Vorsitzende wies ihn darauf hin, daß er dann nicht mehr widersprechen könne, daß er achtmal sein Leben verwirkt habe und nach menschlicher Voraussicht keine Gnade zu erwarten habe. Der Angeklagte erklärte jedoch auf den Vorhalt des Vorsitzenden, das Urteil endgültig anzunehmen. „Denn meine Tat kann nur mit meinem Blut gewaschen werden.“ Nachdem der Oberstaatsanwalt auf Revision verzichtet hatte, wurde das Urteil rechtskräftig.

Wahlbeteiligungs-Prozente aus aller Welt.

Eine vergleichende Wahlstatistik der einzelnen Länder, von Simon Michelet in der „New York Herald Tribune“ veröffentlicht, zeigt, daß der Wahlerfolg der Amerikaner beträchtlich nachgelassen hat; während noch vor vierzig Jahren ihre Wahlbeteiligung mit 80 Prozent betrug, an der Spitze aller anderen Länder, haben in diesem Jahr nur 50 Prozent der Bevölkerung gewählt. In England beteiligten sich an der Unterwahl im Jahre 1924 70 Prozent der Wählerzahl. Bei der vorhergehenden Wahl 1920 betrug die Beteiligung 75 Prozent. Im neuen Freistaat gingen bei der letzten Wahl, trotz der schwierigen Parteiverhältnisse, 80 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne.

Auch in Deutschland wird verhältnismäßig wenig gewählt. Während die erste Reichstagswahl nach der neuen Verfassung eine Beteiligung von 70 Prozent hatte, liegt die Beteiligung im Jahre 1924 auf 50 Prozent, und bei der letzten Reichstagswahl betrug sie 52 Prozent.

In den sechs australischen Staaten und Neuseeland spielte in den letzten zwanzig Jahren die Wahlbeteiligung der Frauen eine entscheidende Rolle. Während in den Vereinigten Staaten, Kanada und den meisten europäischen Ländern mit

Frauenstimmrecht die Wahlbeteiligung der Frauen meist zehn bis zwanzig Prozent geringer ist als die der Männer, geben in Australien, Neuseeland und Neufundland die Frauen proportional ebenfalls Stimmen ab wie die Männer. Bei manchen Wahlen erreichten sie eine Beteiligung von 84 bis 90 Prozent. Ein Durchschnitt durch die letzten zwanzig Jahre würde für die australischen Staaten eine Wahlbeteiligung von 75 Prozent, für Neufundland von 80 Prozent ergeben. Im Jahre 1916, bei dem Referendum über die militärische Dienstpflicht, gaben 88 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. In den Wahlen von 1923/24 kamen Neufundland und Australien auf nahezu 84 Prozent und haben somit Großbritannien und Deutschland an der Spitze.

Belgien, Holland und Dänemark bleiben dahinter nicht weit zurück; die Beteiligung schwankt dort zwischen 60 und 80 Prozent. In Frankreich beträgt sie 70 Prozent. In der norwegischen Wahl von 1920 gaben 76 Prozent der Wahlberechtigten Männer und 60 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab. Bei der Volksabstimmung in Schweden über das Alkoholverbot bildeten in Stockholm die von den Frauen abgegebenen Stimmen 53 Prozent der gesamten Stimmen — ein Beweis, daß die Ausübung des Stimmrechts bei den Frauen davon abhängt, um welche Frage es sich handelt. In Italien beteiligten sich an den letzten Parlamentswahlen etwa 64 Prozent der Stimmberechtigten. In der Schweiz beteiligten sich bei den Wahlen von 1922 76 Prozent der Wählerzahl; bei einem Referendum, um es sich darum handelte, den Behörden stärkere Befugnisse zur Niederhaltung von Revolutionen und Generalstreiks zu erteilen, ging die Beteiligung auf 85 Prozent; der Vorschlag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die kanadischen Provinzen wählen mit einer Durchschnittsbeteiligung von 70 Prozent. Lateinamerika scheint am wenigsten gewählt zu sein, wo noch weniger man allerdings bedenken, daß diese Staaten mit einem Analphabetentum (Indianer und Neger) von 40 bis 60 Prozent zu rechnen haben; trotzdem betrug die Beteiligung bei den letzten Wahlen in Cuba und Mexiko nahezu 50 Prozent.

Einen Rekord haben, nach Herrn Michelet, die Amerikaner aufgestellt, der nie wieder erreicht wurde: das war bei den Wahlen im Jahre 1868, wo unter der Korruptionsberührung von „Boss“ Tweed eine Stimmengabe erreicht wurde, die 108 Prozent der Wahlberechtigten darstellte!

Der 29. Deutsche Krankentag

Am 4. Juli empfing die Stadt München ihre Gäste im Rathaus.

Das einleitende Referat der Haupttagung hielt Professor Dr. Günther-Jansrud über das Thema „Wirtschaft und Sozialversicherung“. An Hand eingehender objektiver Untersuchungen betonte der Redner, daß zwar die Sozialversicherung nach der Inflation der Wirtschaft, die eine neue Steuer mit all ihren Unausgeglichenheiten vorgekommen sei, daß aber im Laufe der Zeit diese Last amortisiert werden würde. Jedenfalls müsse man vom Standpunkt des Sozialpolitikers fordern, daß die Sozialversicherung im Interesse der Wirtschaft erhalten bleibe. In der Aussprache wurde von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Standpunkt des Referenten besonders unterstrichen.

Der zweite Redner des Tages, Direktor Eifenguth, Köln, behandelte das Thema „Berufskrankheiten oder regionale Versicherung?“. Der Redner kam zu dem Schluß, daß einerseits wie man zur Frage der berufskrankheitlichen Organisation im Staatsleben stehe, für die Krankenversicherung diese Organisation abgelehnt werden muß, da sie direkt staats-einkauflich wirke. Auch die Versammlung stimmt diesem Standpunkt des Redners zu.

Ueber „Vorsorgegesetzgebung und Krankenversicherung“ sprach Dr. Volligert aus Frankfurt a. M. Allgemein wurde anerkannt, daß die Grenzen zwischen Vorfürsorge und Krankenversicherung immer mehr verwischt werden müßten und daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Zweigen der öffentlichen Krankenfürsorge dringender zu wünschen sei.

Am 2. Verhandlungstag sprach zuerst Ministerialrat Direktor Weigert vom Reichsarbeitsministerium über „Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung“. Der Redner hielt eine Arbeitslosenversicherung für dringender erforderlich, er wies auch nach, daß diese Versicherung für die Wirtschaft durchaus tragbar sei. Zwischen Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung beständen enge Beziehungen, die durch das kommende Gesetz noch weiter auszubauen seien. Aus der Versammlung heraus wurde betont, daß die Versammlung den gleichen Wunsch hegt. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Doh in Hanau erläuterte das neue Gesetz über die Unfallversicherung. Eine von der Versammlung angenommene einstimmige Entschließung erforderte ein enges Zusammenarbeiten der beiden Versicherungswege.

Geschäftsführer Börsch-Hamburg ging auf die Vorlage eines Wohngeldgesetzes ein, die von der Reichsregierung im Reichstag vorgelegt ist. Der Redner und mit ihm die Versammlung lehnte diese Vorlage ab, da sie für die Wohnungnerinnen nur Verschlechterungen bringt und ein Abrechnungsverfahren vorschlägt, das mit großen Erschwerungen verbunden ist. Allgemein mißbilligt wurde, daß das Reich versucht, sich den Kosten der Wohnhilfe zu entziehen.

Der 3. Tag war den Eigeninstituten der Krankenkassen gewidmet. Dr. Köder-Karlin behandelte den Sozialpolitischen Wert von Behandlungsanstalten der Kassen, während Chefchirurg Dr. Lewald-Braunschweig über Kassen-Zahnkliniken berichtete. Beide Redner haben in den Eigeninstituten der Krankenkassen die beste und zweckmäßigste Form der ärztlichen Versorgung der Versicherten, die von den allemarbeitenden Privatärzten niemals im Werte der Leistung nach in der Wirtschaftlichkeit der Behandlungsweise erreicht werden kann.

Der Rest der Tagung war geschäftliche Angelegenheiten des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gewidmet.

Soziale Gesichtspunkte in der Wohnungsfürsorge.

Zulehnhypothek für Kinderreich und Schwermittelschlechte. Dem Alltäglichen Wohlfühlens Wohlfühlens wird aus dem Ministerium für Volkswohlfahrt geschrieben:

- Der Reichstag hat kürzlich beschlossen: 1. Das Reichsministerium zu erlauben, den Betrag von 20 Millionen Mark zur Deckung zu verwenden, um mittellose Kinderreiche Familien (4 Kinder und mehr) für Wohnzwecke zu helfen, den Hausinsolvenzhypothek zu helfen, um gleichen Anstoß zu geben; 2. folgende Entschließung anzunehmen: Das Reichsministerium zu erlauben, die Mittel für die Verwendung der Hausinsolvenzhypothek dahin zu verwenden, daß bei Wohnungsbesitzern für minderbemittelte Kinderreiche Familien und für minderbemittelte Familien Schwerkranker, insbesondere erblicher Krieger, die zu gewöhnliche Hausinsolvenzhypothek bis zu 50 v. H. der Gesamtwertung bzw. 100 v. H. der reinen Wohnkosten betragen kann.

für Volkswohlfahrt damit einverstanden erklärt, daß die Bestimmungen wegen der Gewährung von Zulehnhypotheken auch bei Wohnungsneubauten für minderbemittelte Familien schwerkranker, insbesondere erblicher Krieger, Anwendung finden; danach darf die Höhe der Zulehnhypothek sowohl für minderbemittelte Kinderreiche Familien wie für minderbemittelte Schwerkranker in einzelnen, besonders dringlichen Fällen auch über ein Drittel der Summe der bewilligten Hausinsolvenzhypothek hinausgehen, jedoch durch Hausinsolvenzhypothek und Zulehnhypothek bis zu 80 v. H. des Hauswertes mit Einschluß des Grund und Bodens (90 v. H. des Wertes des bebauten Grundstücks) oder 100 v. H. des Baumertes gedeckt werden. Voraussetzung bleibt allerdings, daß durch diese Sonderbewilligungen keine erhebliche Beeinträchtigung des Gesamtprogramms herbeigeführt wird. Infolgedessen wird in Gemeinden, in denen besonders viele Anträge auf Gewährung von Zulehnhypotheken vorliegen oder zu erwarten sind, von diesen Sonderbewilligungen nur in den dringlichsten Fällen Gebrauch zu machen sein.

Solche Zulehnhypotheken können übrigens nicht nur für Eigenheim, sondern auch für die Errichtung von Gewerkschaftswohnungen gegeben werden, wenn die Benutzung dieser Wohnungen durch minderbemittelte Kinderreiche Familien oder minderbemittelte Familien Schwerkranker für eine bestimmte längere Reihe von Jahren sichergestellt und die Rückzahlung der Zulehnhypothek spätestens nach Ablauf dieser Zeit gewährleistet ist.

Aufruf französischer Vorkämpfer gegen Deutschlands Alleinschuld am Krieg und gegen die Sanktionsartikel von Versailles.

Die französische Vorkämpfer veröffentlicht vor einigen Tagen einen von Victor Marguerite verfaßten und von etwa 100 im öffentlichen Leben Frankreichs an hervorragender Stelle stehenden Politikern, Militärs, Künstlern und Schriftstellern unterzeichneten „Appell an die Gewissen“. Dieser Aufruf fordert um der Menschheit und der Gerechtigkeit willen die Umschreibung der Artikel 227 bis 231 des Friedensvertrages, d. h. des Deutschland mit Gewalt aufgezwungenen Besatzungs seiner alleinigen Schuld am Krieg und des den Völkern vorsehenden Rechts zu Sanktionen und Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Der gewaltige Prozeß, an dem die ganze Menschheit interessiert ist, kann, so heißt es in dem mutigen Prozeß, nur vor einem internationalen Gerichtshof und erst, wenn die Archive aller Länder geöffnet sind, geführt werden. Bis dahin aber bleibt die Tatsache bestehen, daß die Unterzeichnung der Artikel 231 Deutschland nur mit Gewalt und durch die Drohung, den Krieg bis zu seinem völligen Ruin fortzusetzen, abgezwungen worden ist. Es gibt keine Sicherheit in der Zukunft, solange nicht die Wirtung der Welt, ohne die seine materielle Abklärung möglich ist, vernichtet ist. Deshalb muß der Artikel 231 in einem für alle Beteiligten annehmbaren Sinne abgeändert und die Artikel 227 bis 230 (Sanktionen), die die Quelle des Hasses und von Repressalien sind, deshalb für die endgültige Wiederherstellung des Friedens schädlich sind, abgeschafft werden. Wir stehen heute vor der Wahl zwischen der durch den Geist der Menschheit genährten Bewegung des Krieges und einer menschlichen Verständigung. Der Nationalismus in Deutschland möge sich über unjüdischen Schritt nicht täuschen. Er ist nicht Ausfluß der Schwäche, sondern die Befreiung der menschlichen Rechtfertigung, ein Schritt zur Verwirklichung der menschlichen Solidarität, der das Deutschland Goethes begreifen und verstehen wird. Die europäische Kultur hat heute einen letzten Trumpf auszuspielen. Sie ist für immer verloren, wenn die Selbstgerechtigkeit von neuem beginnen sollte.

Aus dem Reich.

„Rechtswort“ Krull. Erinnerungen an die Tötung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden nachgerufen bei einer Verhandlung, die gegen den angeklagten Reutnant a. D. Ernst Krull vor dem erweiterten Schöffengericht Schöneberg wegen Betrug und Urkundenfälschung in mehreren Fällen stattfand. Krull ist nämlich der gewalttätige Töter der beiden politischen Persönlichkeiten viel genannt worden. Er besaß sich auf dem Auto, das Rosa Luxemburg vom Eden-Hotel abtransportierte. Auf der Fahrt ist sie bekanntlich getötet worden. Die Täter sind nicht ermittelt worden, jedoch schwebt gegen Krull auch jetzt noch ein Ermittlungsverfahren. Jedenfalls war Krull später im Besitz der silbernen Taschenuhr von Rosa Luxemburg. Er ist auch wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach dem Kriege war er, nach seinen Angaben, im Baltikum, beim Kapp-Putsch und bei Aufständen im Ruhrgebiet tätig. In Rotterdam wurde er vor längerer Zeit verhaftet und dann ausgeliefert. Diese Verhaftung hing mit verschiedenen Straftaten zusammen, die ihm jetzt zur Last gelegt werden. Der erste Fall des Betruges und der schweren Urkundenfälschung betrifft eine Wohnungsangelegenheit. Gegen Krull schweben neben dem Ermittlungsverfahren wegen Entwendung von Rosa Luxemburg auch Verfahren wegen Begünstigung der Erzberger-Mörder und in der Sache des Bombenattentats gegen Varus, jedoch ist in diesen Fällen eine Auslieferung aus Holland noch nicht beantragt worden. Die Beweisaufnahme ergab anlässlich der Vernehmung des Oberregierungsrats Wühlstein vom Reichsministerialrat für öffentliche Sicherheit, daß Krull auch für die politische Polizei tätig gewesen ist. Auf Betragen gab Wühlstein noch an, daß Krull zweifellos innerhalb der Abteilung A des Polizeipräsidiums in unerlaubter Weise Einsicht in vertrauliche Akten gehabt haben müsse. Als er sich später in Sachen als Beauftragter des Reichsministerialrats für die öffentliche Sicherheit aufspielte, haben die Behörden die Verbindung mit ihm aufgelöst. Bei dem Versteck im Polizeipräsidium war es ihm gelungen sich in Besitz von Formularen der Abteilung I A zu setzen; insbesondere auch von gestempelten Ausweisungsbefehlsformularen. Mit diesen hat er dann Handlungen begangen, die ihm jetzt die Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung zugezogen haben.

Das Gericht verurteilte Krull wegen schwerer Urkundenfälschung in Lateinisch mit Betrug, sowie wegen einfacher Urkundenfälschung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verflüchtigt erachtet wurden, im Übrigen erfolgte Freisprechung. Das Urteil bezeichnet Krull als „Abenteurernatur; keine Offiziersbeförderung habe er nicht glaubhaft machen können.“

Erinnerung an den Arbeiter-Ministerienbund. In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage wurde Auskunft verlangt, weshalb der Arbeiter-Ministerienbund aus staatlichen und kommunalen Mitteln sowie aus Wohlfahrtsvereinigungen Unterstützung erhalte. Bis der Reichliche Preussische Ministerpräsident des Reichlichen Ministers für Volkswohlfahrt ertrinkt, hat der Oberpräsident Charlottenburg dem Arbeiter-Ministerienbund aus dem ihm bei Kapitel 131 Titel 2 zur Verfügung gestellten Mitteln in der letzten Hälfte des Rechnungsjahres 1924 rund 1400 Reichsmark in Form von drei Beihilfen überwiesen. Diese Höhe entsprach dem Maßstab, der bei allen anderen unterstützten Organisationen zur Deckung der Wohlfahrtsarbeiten im Haushaltsausgang angelegt wurde. Sie erfolgte die immer unter Beteiligung der Arbeitergemeinschaften allseitig gewählter Vereine Berlin-Brandenburg und des beim Oberpräsidium geschlossenen Reichs-Verbandes und des Bundes der Arbeiter des Reichs, die der Reichliche Ministerpräsident, dessen kein Grund, im jetzigen Reichstag der Mittel auszusprechen, um so weniger als nationale Gesichtspunkte bei der Verteilung des Bundeshaushalts beachtet werden.

Der Ministerpräsident Dr. Dietrich, dem Preussischen Landtag, hat die Reichliche Regierung ersucht worden.

Dixin

Henkel's Seifenpulver

Ein Seifenpulver wie es sein soll — fettreich und von höchster Waschkraft. Die große Ergiebigkeit dieses Seifenpulvers sichert sparsamstes Waschen. Für Maschinenwäsche hervorragend geeignet.

Gegen Regenwetter bieten Schutz:
Oelmäntel, Oeljacken
Oelpelerinen, in Qualitäten
Rosplatz 28 (Benderplatz)

B. Wollerge
 Bräut. 1.40—2.00 RT., Röper
 Str. 70 RT., Reimond Str.
 45 RT., bis 1.30 RT., Hermet-
 jutter 90 RT., bis 1.30 RT.,
 Garn 1000 Meter in allen
 Marken 40 bis 90 RT., 1000
 Reimond 700 Garn 65 RT.,
Berthold Lippert,
 Seifengasse 16.

Genossen
 Genossinnen
 Eure Familien-
 anzeigen der
Volkswacht

Oskar Dehmel
 Neumarkt 48.
 Fachhandlung Volkswacht.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
 Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frau
 des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
 Zu bestellen bei allen Zeitungsaussträgern.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Bach & Blachmann
 Breslau, Herdainstraße 46
 Damen-, Bachfisch- und Kinder-Bekleidung
 Kleiderstoffe / Baumwollwaren
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Kaufhaus H. RUSSE
 Friedrich-Wilhelm-Straße 92
 Spezialgeschäft in Manufaktur-, Kurz-, Weiß-,
 Wollwaren, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen
Neu eröffnet! Hedwigstraße 15, Laden
 Werkstatt für Damenbekleidung und Hüte
 Kasack, Blusen und Kleider werden billigst angefertigt.

Wilhelm Schreiber
 Tauentzienstraße 166
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren-Artikel

Tuch-Etage West
 H. G. Oberst, Mittelgasse 3, Ecke Friedr.-Wilh.-Str.
 Prima Herrenstoffe in großer Auswahl
 zu außergewöhnlich billigen Preisen
 Teilzahlung gestattet. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Kaufhaus „Unsere Jungen“
 Andersenstr. 33, Ecke Westendstr.
 Spezialgeschäft für Schul-, Sport- u. Blusen-Anzüge.
 Mäntel und einzelne Hosen
 Herren- und Knaben-Trikotwaren.

Oskar Baum, Sternstraße 77,
 Ecke Hedwigstr.
 Kleider — Blusen — Hösche — Wäsche
 Schürzen — Strümpfe — Handschuhe
 — Kleider- und Wäschestoffe —

Kaufhaus Friedländer
 Neudorfstraße 15
 Trikotagen, Strumpf- u. Kurzwaren
 Spezialität: Oberhemden, Strickwesten

J. Richter Nfl. Tauentzienstr. 36
 Ecke Grünstraße
 Kurz-, Weiß-, Wollwaren :: Wäsche
 Strümpfe :: Trikotagen :: Schürzen

Georg Masur, Klosterstraße 115
 Manufakturwaren — Wäsche — Strümpfe

A. Kapst Klosterstraße 67
 Tel. Ohle 8423
 Herren- und Knaben-Garderobe
 Manufaktur- und Schnittwaren

Strumpfhäuser „Thiel“ Preiswerte Angebote
 in Strümpfen, Trikotagen u. Wäsche.
 Friedrich-Wilhelm-Str. 63.

**Größtes u. vornehmstes Einkaufszentrum
 der Nikolai-Vorstadt**
 in
 Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion

Ad. Hoffmanns Nachfolger
 Friedrich-Wilhelm-Straße 95

Berufsbekleidung am Rosenthalplatz
 Friedrich-Wilhelm-Straße 12 — Telefon R. 1724
 Bekleidung für alle Berufe
 Lehrjahrsberufsbekleidung
 Spezialität: Windjacken für Damen, Herren,
 Burschen, Knaben,
 Sportwaren :: Wanderrüstel :: Hülsen usw.

W. Langguth für Kinder-Bekleidung
 Rosenthalplatz 46

E. Leuchtag
 Rosenthalplatz
 Herren- und Kinder-Konfektion

Kupferschmiede-
 straße 18 **Adolf Zolkowitz** Kupferschmiede-
 straße 18
 Billigste Bezugsquelle für
Kleiderstoffe, Seiden, Samte, Wäsche, Schürzen, Trikotagen, Strümpfe

Krause & Eckstein Lohstraße 33
 Tabakwaren - Großhandlung
Ein- und Verkaufsgeschäft
 Tannengasse 3
 Billigste Bezugsquelle von neuen und gebrauchten
 Anzügen, Hosen, Schuhen, Musikwaren u. Herrenartikeln

Hedwig Hesselbarth Empfehlenswerte
 Bezugsquelle für
 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
 Matthiasstr. 133

Leinenhaus Gottfried Völkel
 Friedrich-Wilhelm-Straße 51
 Züchen, Inletts, Handtücher, Berufs-Wäsche
 in nur guten Qualitäten zu billigen Preisen

Willy Bernert Schneidermeister
 Bärenstraße 21
Sporthaus Kobs, Breslau 7 Höfchenstr. 73
 Fernspr. 40909
 Vorzeiger dieses erhält 5% Rabatt

Paul Kasowsky, Mohlgasse 38-40
 Hüten und Mützen: nur gute Qualitäten
 Reparatur-Werkstatt = Maurerfilz

Leihhaus Müller, Weidenstr. 7
 Höchste Beleihung
 von Pfändern jeder Art

Leihhaus „Wratislawia“
 Schwendfeldstraße 12
 Beleihung von Pfändern aller Art

Karl Breuer, Bräuer 1, Gohlis
 Breslau, Breitstraße 3
 Uhren — Schmuckstücke — Trauringe
 Eigene Werkstatt

Bei Störungen
 an Ihrer elektr. Leitung sowie Neu-Anlagen
 rufen Sie nur
Ring 7903 Ohle 6193
 Grabschener Str. 39 Kupferschmiedestr. 17
 (Ecke Schmiedstraße)
 — In Referenzen.
Richard Gellert
 Elektro-Installateur.

Paul Wagbarpt jr. Neudorfstraße 51,
 Fahrräder, Zubehörteile,
 Radios, Apparate, Bestenrichtete Rep.-Werkstatt.

August Ehrlich Breitstraße 45
 Fahrrad-Handlung, Ersatzteile, Reparatur-Werkst.

Alois Sygen, Gurlasstraße Nr. 22
 Reparaturen an Fahr- und Motorrädern werden
 fachgemäß angefertigt

Flax Gröger, Fahrradhandlung
 Breslau, Gohlisener Straße 21, Telefon Ring 1221
 verpflichtet sich zur Lieferung von erstklassigen
 Fahrrädern.
 Teilzahlung gestattet! —
 Abzahlung von 5 Mark wöchentlich an.

Hugo Schier, Neudorfstraße 116
 Fahrräder, Zubehör, Gummi zu sportbilligen Preisen
 Reparaturen schnell, fachgemäß.

Motor- und Fahrradbau — Reparaturwerkstatt
A. Winkler Breslau, Posten-
 straße 10a (Hof).
 Anzeigen, Schweißen — Emaillieren
 Lager von Herren- und Damenrädern
 Günstige Teilzahlung!

E. Görlich & Sohn
 Matthiasstraße 90
 Presto-Fahrräder. Fahrradreparat. jed. Art

Robert Stefanowski
 Vorwerkstr. 40 Spezialwerkstatt Vorwerkstr. 40
 für autog. Schweißung jeder Art, wie: Zylinderblöcke,
 Maschinenteile usw. :: Fahrrad- und Motor-Reparatur.

Fahrradhaus Schuberl
 Grabschener Straße 58 (Ecke Zietenstraße)
 Telefon: Ohle 8031
 Presto- u. Grütznor-Fahrräder
 Reparaturwerkstätte — Ersatzteile

Curt Noida Breite Straße 47
 Telefon Ohle 8161
 Fahr- und Motorräder, Rep.-Werkstatt.

Johann Kluger, Matthiasstr. 152
 Fahrräder, Motorräder, größte Repar.-Werkstatt

J. Cieslinski, Lederhandlung
 Breslau VI Leuthenstraße 12/14
 Telefon Ring 7649
 Reelle Bedienung! Billigste Preise!
 Achtung! Schabrackenfäher!
 Großes Lager in allen Arten, Bekannt billigste Preise.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Zum billigen Schuhhof
 Schuhgroßhandlung und Export. Friedr.-Wilhelm-Str. 94.

Wilhelm Bittner
 Schuhmachermeister
 BRESLAU 8, Clausewitzstraße 38.
 Anfertigung und Lager
 sämtlicher Schuhwaren für jeden Stand u. Beruf.
 Großes Lager preiswerter Arbeitsschuhe u. Stiefel.

Alfred Doppler Lederhandlung
 Höfchenstr. 84
 Schäfte-Stepperei u. Sportartikel

Schuhhaus Matzke
 Ottostraße 46
 Große Auswahl nur guter Qualitäten
 Preise stets billig — Reparaturwerkstatt

**Schuhe aller Art, reell u. billig, kauft man nur im
 Schuhhaus Geiger** Friedr.-Wilhelm-Str. 15
 (neb. Bäckerei Kieling)

Carl Moh Friedrich-Wilhelm-Straße 22.
 Lager aller Arten Schuhwaren
 f. Herr., Dam. u. Kind. Spez. Arbeitsschuhe u. Stiefel.

Schuhhaus „Merkur“ Große Auswahl in Schuhen
 nur guter Qualitäten
 Friedr.-Wilh.-Str. 78. stets reell und billig.

Josef Schmidt,
 Bohrauerstr. 54, Vorwerkstr. 45, Alsenstr. 27

Emil Kämpf, Breslau VI Friedr.-Wilhelm-
 Straße Nr. 84
 Offenbacher Lederwaren — Eigene Werkstatt

Breslau 8 Josef Jupe Löschstr. 13
 Reichhaltiges Lager in Ober- u. Unterleder
 :: große Auswahl im Ausschneid ::
 sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

Oswald Grunwald
 Tel. Ohle 910 Tauentzienstr. 120. Tel. Ohle 910
 Lederhandlung — Lederausschnitt
 Bedarfsartikel
 Reichhaltige Auswahl in
 Ober- u. Unterleder, Spezial-
 Schuhe u. Schuhmacher-Bedarfsartikel
 billigst bei **S. Rosenfeld** Neumarkt 10
 Von 1—3 Uhr geschlossen

Die Angst vor den Gewerkschaften.

Die Arbeitgeberverbände schwingen den Bettelstab.

Aus den Geheimfächern des Arbeitgeberverbandes hat sich ein Rundschreiben zu uns verirrt, dessen Inhalt wir unseren Lesern nicht vorzuenthalten möchten, zumal es mit Deutlichkeit zeigt, wie es im Arbeitgeberlager um die Einziehung der Gewerkschaften und ihrer Schatzkassen, entgegen den großen Worten der Arbeitgeber, in Wirklichkeit aussieht. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Rundschreiben Nr. 108 Berlin, den 19. Mai 1925. Gedruckt Nr. 17/641. 1. Arbeitszeitfrage.

Die Mitglieder des Vorstandes der Vereinigung, des großen Ausschusses und der Arbeitsausschüsse. An sämtliche der Vereinigung angeschlossenen Verbände und deren Mitgliedsfirmen.

Trotz schlechtester Wirtschaftslage haben der Allgemeine Gewerkschaftsbund und seine Mittläufer beschloffen, den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in allerhöchster Eile zu beginnen und allem Nachdruck wieder aufzunehmen. Er ist eine 6 Millionen Mitglieder vor einigen Jahren aufgeföhrt, in ihrem Arbeitsverdienst je 1,- (eine) Mark an einen Tag und zur Erzwingung und Durchführung eines öffentlichen Streiks über den Arbeitsvertrag abzugeben. Nach zweifelhafte Nachrichten sind bereits rund 5 Millionen Mark bei der Kasse des Bundes eingelaufen, der Rest wird in nächster Zeit eingezahlt werden. Eine außerordentliche Einwirkung auf die Öffentlichkeit soll beginnen, kurz, härtester Kampf ist geplant.

Die deutsche Arbeitgebergesellschaft und ihre zugehörigen Verbände, insbesondere ihre Spitzenorganisationen, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, haben vergeblich versucht, die Gewerkschaften durch ernste Hinweise vor den katastrophalen Folgen der Einführung des schematischen Achtstundentages immer wieder zu warnen. Alles vergeblich. Schlagwort: „Das Dogma herrschen, ruhige Erwägungen über die tatsächliche Wirtschaftslage und reale Wirtschaftsnotwendigkeiten werden zum Schaden von Staat und Volk verläßt.“

Die deutsche Arbeitgebergesellschaft wird daher gezwungen sein, in nächster Zeit — der Anfang ist schon gemacht — mit ihrem Material z. T. durch die Organe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Hilfe der Mitgliedsverbände und auf jede mögliche Weise in die weiteste Öffentlichkeit zu gehen, um nochmals den Versuch zu machen, durch Aufklärung aller Volksschichten unermesslichen Schaden für die Allgemeinheit zu verhindern. Sie erfüllt damit die Pflicht gegenüber Nation und Wirtschaft, die ihr in dieser Frage gewerkschaftliches Dogma und international-sozialistische Verblendung und Verzerrung auferlegen.

Zwar ist die Arbeitgebergesellschaft infolge des geschwächten Vorstandes der deutschen Wirtschaft heute nicht in der Lage, die hohen Beiträge wie die Arbeitgebergesellschaft anzubringen, aber es ist durch die Wirtschaftskrise versucht werden, Geldmittel in möglichst rascher Zusammenführung, daß wenigstens die erforderlichen eingenommen werden, welche für die Verteidigung der durch die Wirtschaftskrise bedrohten Wirtschaft und Betriebe nötig sind. Die Arbeitgebergesellschaft hat schon begonnen im Interesse der Gesamtwirtschaft einheitlich weiter geführt werden können. Die Aktion in dieser Frage würde den Ruin der deutschen Wirtschaft und damit von Volk und Staat herbeiföhren.

Der Vorstand der Vereinigung hat daher auf Grund eingehender Beratungen und durchführungen von dem Ernst der Lage mit Zustimmung des Propaganda-Ausschusses beschlossen, dem Vorschlag des Propaganda-Ausschusses folgen und die Mitgliedsverbände zu ersuchen, für die Durchführung einer erfolgreichen Arbeitspropaganda als eine Aufgabe und Aufgabe so schnell wie möglich zur Durchführung zu bringen. Es soll auf jede Mitgliedsfirma entsprechend ihrer Größe eine bestimmte für die einzelne geringe und auch heute noch tragbare Summe umgelegt werden und zwar:

5	"	"	"	50	"	"	"
10	"	"	"	100	"	"	"
50	"	"	"	500	"	"	"
100	"	"	"	über 500	"	"	"

Wir dürfen dabei wohl annehmen, daß Verbände oder Firmen, die es irgendwie ermöglichen können, höhere Beiträge zu leisten, die obigen einreichen.

Es muß aber unbedingt zur Sicherstellung des Erfolges erreicht werden, daß jede Firma und zwar in erster Linie durch ihren Fachverband erfüllt wird. Die Art der Einziehung bzw. Überweisung an uns bleibt dabei der einzelnen Verbänden überlassen. Firmen, welche nicht Fachverbänden angeschlossen sind, sollen durch ihre Direktoren bzw. bestellten gewerkschaftlichen Verbände, welche diese Umlage ausnahmsweise nicht ablehnen wollen, müssen verantwortungsvoll darüber wachen, daß jede Firma ihres Verbandes an das angegebene Konto zahlt, desgleichen sind die Fachverbände, welche ihre Mitgliedsfirmen zur unmittelbaren Zahlung an die Vereinigung anfordern, für die Durchführung der Umlage verantwortlich. Die Landes- und Bezirksvereinigungen und gewerkschaftlichen Verbände zahlen für diejenigen Verbände und Firmen die Umlage, für welche sie auch den Mitgliedsbeitrag an die Vereinigung einbringen. In Zweifelsfällen einigen sich Fach- und Bezirksverbände.

Die Einziehung dieser Umlage beruht auf keinem fahrgewöhnlichen Zwang, sondern soll auf dem Verständnis der Mitgliedsverbände und ihrer Firmen für die Gesamtlage aufgebaut sein. Es dürfte keinem deutschen Arbeitgeber zweifelhaft sein, was dem einzelnen Betrieb und der gesamten Wirtschaft bedroht, wenn uns erneut der schematische Achtstundentag aufzuerlegen wird. Wer jetzt noch nicht erkannt hat, daß die hier drohenden Gefahren nur durch Zusammenhalten, Solidarität, d. h. durch die Erkenntnis der unbedingt notwendigen Einziehung des Einzelinteresses unter das Gesamtinteresse abgewendet werden können, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben, die den Einzelnen wie die Gesamtheit in aller Schwere treffen werden.

Präsidentium und Vorstand (ges.) Gm. Borfig, Vorsitzender. Propaganda-Ausschuss (ges.) Dr. Bonhoeffer, Vorsitzender. Die Geschäftsleitung: (ges.) Dr. Laenzler, (ges.) v. Zeugen.

Die Arbeitgeber hören tatsächlich das Gras wachsen. Nur wenn sie ihre Ohren noch um ein Weniges mehr spizen, wird sie den großen Fonds der Gewerkschaften. Und wie besorgt ist die Arbeitgeber in ihrem Rundschreiben wieder einmal um die wirtschaftliche Lage. Es ist geradezu rührend, in welcher lebensvoller Weise sie sich um das Wohl von Staat und Volk kümmern. Beide werden am Ende gar verquält sein. Die Fachgelehrten im Arbeitgeberlager das seit langem

entzogene Vertrauen wieder entgegenzubringen. Das um so eher, als die Herren sich in diesem Rundschreiben gegenseitig versichern, daß die deutsche Arbeitgebergesellschaft leider nicht in der Lage ist, ähnlich hohe Summen als die Arbeiterorganisationen für ihre Zwecke aufzubringen. Einen solchen Witz muß man schwarz auf weiß sehen, um glauben zu können, daß er überhaupt gemacht wurde.

Von gewerkschaftlichem Dogma reden diese Herren, die heute noch nicht einmal die allerelementarsten Bedingungen begriffen und anerkannt haben, die notwendig sind, um unsere Wirtschaft gesund zu machen. Von international-sozialistischer Verblendung sprechen sie, die gegen international-kapitalistische Verzerrung nicht das Geringste einzuwenden haben. Es lohnt nicht, auf den in diesem Rundschreiben verübten Unfug noch weiter einzugehen. Die kapitalistische Borniertheit legt es geradezu darauf an, von aller Welt verlacht zu werden.

Geschlossene Front.

Der Landesauschuss Bayern des ADGB nahm gemeinsam mit den Vertretern der Landesauschüsse des AFA-Bundes und des ADGB zur Zollvorlage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird Protest gegen die Ansicht der Regierung eingelegt. Die Industriezölle würden nur Abhängigkeiten, Betriebseinschränkungen und Stillelegungen herbeiföhren, in deren Gefolge Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend marschieren. Eine ungeheure Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens seien die natürliche Folge der Agrarzölle, die jede Familie jährlich mit 150 Mark belasten. Für die 9 Millionen Rentner müsse die neue Belastung geradezu katastrophal wirken, da jede Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sie der Gefahr des Verhungerns näherbringe. Die bayrische Regierung wird aufgefordert, ihren Einfluß bei der Reichsregierung geltend zu machen, um die ungeheure Gefahr zu bannen, die dem Volke aus der Zollvorlage droht.

Nun spalten sie sich gegenseitig.

Kommunistische Zellen im kommunistischen freien Eisenbahnerverband.

Die kommunistischen Gewerkschaftsleiter gründeten vor einigen Jahren auf Befehl Moskaus den ultraradikalen Freien Eisenbahnerverband, der mitwirken sollte, die Zerrissenheit und Uneinigkeit der deutschen Arbeiterklasse auch auf gewerkschaftlichen Gebieten durchzuführen. Man hoffte damals, mit dieser kommunistischen Gründung den Deutschen Eisenbahnerverband zu zerstören; und alle kommunistischen Blätter rührten eine Zeitlang recht eifrig die Trommel für das neue kommunistische Zersplitterungsorganisationsziel. Dann kam, nachdem die kommunistische Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften nicht den gesunden Sinn und die Disziplin der freigeorganierten Arbeitergesellschaft vernichtet hatte, aus Moskau plötzlich der Gegenbefehl. Wieder hinein in die Gewerkschaften! Man verspricht sich heute, nachdem die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften sich als ständiger Mißerfolg herausgestellt hat, von der Miniarbeit innerhalb der Gewerkschaften mehr als von der offenen Bekämpfung.

Nun zeigt sich allerdings, daß die kommunistischen Massen nicht so bedingungslos auf die neueste kommunistische Parole in der Gewerkschaftsfrage einzuwirken wollen. Der bekannte günstige Wind hat dem Kölner Vertreter des „Soz. Pressebüros“ ein Zirkular der Zentrale der politischen Abteilung der K. P. D. auf den Tisch geweht, das als „sehr wichtig und streng vertraulich“ bezeichnet wird und allen Bezirkssekretariaten der Partei zugeht. In diesem Zirkular wird beweglich Klage darüber geführt, daß die Leitung des kommunistischen Freien Eisenbahnerverbandes einfließen sei, mit der kommunistischen Partei, dem kommunistischen Reichsarbeiterausschuss und der Roten Gewerkschaftsinternationale zu brechen. Solchen Bestrebungen müßte von den einzelnen Ortsgruppen der kommunistischen Partei im ganzen Reich ständiger Protest entgegengeführt werden. Dem bekannten Führer des Freien Eisenbahnerverbandes, Schmidtke, müßte die Führung entzogen werden, damit die Vorbedingungen für die Vereinigung des Freien Eisenbahnerverbandes mit dem Deutschen Eisenbahnerverband geschaffen werden. Deshalb gelte es, im Freien Eisenbahnerverband eine Opposition der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale heranzubilden.

Das Zirkular gibt dann genaue Anweisungen, wie im einzelnen die Zellenbildung in dem kommunistischen Freien Eisenbahnerverband zu erfolgen habe. So soll u. a. den in der K. P. D. organisierten Mitgliedern des Freien Eisenbahnerverbandes ein Revers vorgelegt werden, in dem sie der einzelne verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse des 5. Weltkongresses der kommunistischen Internationale und des 3. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale zu kämpfen. Wer diesen Revers nicht unterzeichnet, soll fliehen und aus der kommunistischen Organisation ausgeschlossen werden.

So rüht sich alle Schuld auf Erden! Nachdem die kommunistische Zerstörungsarbeit es nicht fertig gebracht hat, die festgeföhrgte Organisation der freien Gewerkschaften zu zerstören, ist sie jetzt glücklich so weit gekommen, daß sie in ihren eigenen, auf Befehl Moskaus gegründeten Gewerkschaften die Zellenbildung vornehmen muß.

Zum Kampf im hiesigen Baugewerbe.

Seit dem 1. Juli d. J. haben in 16 Orten die Bauarbeiter im Streik. Die Unternehmer lehnten vorerst jede Verhandlung ab und als sie am 25. Juni durch einen Spruch des Dresdener Schlichtungsausschusses gezwungen wurden, sich zu Verhandlungen zu stellen, lehnten sie dann jedes Entgegenkommen ab. Die niedrigsten Stundenlöhne betragen zurzeit 55 Pf., die höchsten

Stundenlöhne 1 Mark. Geordert wurde von den Bauarbeitern eine Zulage von 30 Pf. pro Stunde, außerdem wurde die Gewährung von Ferien verlangt. Die letzte Forderung war um so berechtigter, da die Arbeitgeberverbände in ihren Geschäftsunterlagen die Fertigungsgelder seit dem 1. April 1924 von dem bauenden Publikum einziehen, ohne in Wirklichkeit Ferien zu gewähren. Da die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnten, traten 18 000 Bauarbeiter in den Streik. In einer Reihe von Orten wurden Einzelabläufe vorgenommen und die Forderungen bewilligt. Dies veranlaßte nun die Arbeitgeber, aber ganz Sachlos die Aussperrung und die Materialsperrung zu verhängen. Von der Aussperrung werden circa 20 000 Bauarbeiter betroffen.

200 000 Textilarbeiter vor dem Streik.

In der hiesigen Textilindustrie entwickelten sich bedenkliche Verhältnisse. Seit dem 5. Juli, zum Teil schon seit dem 3. Juli, herrscht zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Lohnfrage ein verträgliches Zustand, der den gesamten hiesigen Textilmarkt ungünstig beeinflusst. Allein im Chemnitzer Industriegebiet von Chemnitz bis Plauen sind mehr als 200 000 Personen in der Textilindustrie beschäftigt, die alle von Streik oder Aussperrung betroffen werden, falls zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern keine Einigung erzielt werden kann. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhungen von 25 bis 30 Prozent. Die Arbeitgeber bringen den berechtigten Forderungen der Arbeiter kein Verständnis entgegen. Daß eine Einigung erzielt wird, ist kaum anzunehmen.

Generalversammlung der Maler.

Die 19. Generalversammlung des Verbandes der Maler in Dresden erreichte am Freitag ihr Ende. Vormittags wurde die Veränderung der Statuten beraten. Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, für eine Amnestie in allen Staaten, als auch in Sowjetrußland, einzutreten, wurde angenommen. Dafür stimmten auch die Kommunisten, wenn auch nur mit sehr gemäßigten Geföhren. Der bisherige Vorstand: Streine, Vorsitzender; Heitrich, Kassierer; Marx, Schriftführer; Kinkel, Mehreres, Thomen und Schwab, Beisitzer; wurde einstimmig wiedergewählt. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurden Bah, Jatschek und als deren Stellvertreter Buch und Schiemann gewählt. Mit einer kurzen Rede des Genossen de Haas, des ältesten Verbandsmitgliedes, fanden die Beratungen ihren Abschluß. Der Vorsitzende Streine schloß mit den herzlichsten Wünschen und einem dreifachen Hoch auf den Verband die erfolgreiche Generalversammlung, der sich ein internationaler Kongreß anschließt.

Wirtschaft.

Deutsches Dumping in China.

Wenn die Arbeiter den deutschen Unternehmern den Vorwurf machen, daß sie mit Hilfe niedriger Löhne eine unkluge Schmutzkonzurrenz ausüben und den deutschen Außenhandel damit am meisten schädigen, dann fahren die Herrschaften weitend auf. Ganz still und verlegen werden sie aber, wenn einer von der Kunst jenseitigen Vornurj vom Auslande her erzählt. Ein deutscher Industrieller in China hatte an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein Schreiben gerichtet, aus dem das Blatt dieser Tage folgende Sätze abdruckte:

„Geschäftlich sind die Deutschen wohl wieder an die dritte Stelle gerückt. Um die erste streiten sich noch Japan und England. Wir Deutschen haben es darum besonders schwierig, weil die frühere sprichwörtliche Genauigkeit des deutschen Fabrikanten verschwunden ist. Ich verstehe dabei nicht die besonderen Schwierigkeiten, mit denen man zu Hause zu kämpfen hat, noch muß ich sagen, daß ich lieber von England oder Amerika laufe, als von Deutschland. Deutsche Waren kommen zu oft in minderwertigem Zustand an, der Ausfall ist ein anderer, als das Muster zeigt. Die Fabrikanten zu Hause versuchen sehr, bei einer Order zu viel zu verdienen, machen daher die Waren billig, aber schlecht. Ich persönlich bearbeite Metalle. Auf deutsches Eisen bekomme ich fast regelmäßig einen clean (Schwabe), auf englisches, das meist sogar noch billiger ist, fast nie. Ich laufe darum meist über London oder Antwerpen. Man kann Derartiges gar nicht oft genug aussprechen und alle Kreise zu Hause, die mit Geschäftsleuten in Verbindung kommen, auf obiges hinweisen.“

„Die Fabrikanten in Deutschland wollen zu viel verdienen“ — damit hat der deutsche Chinamann keine heimtückischen Kollegen treffend gekennzeichnet. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ muß das auch empfinden, sonst hätte sie die Anklage doch nicht veröffentlicht.

Die gefährdete oberelbische Textilindustrie.

Die abgebrochenen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden in den Kreisen der bedrohten oberelbischen Textilindustrie leidenschaftlich beprochen. Die Arbeitnehmer befürchten eine Lohnminderung oder gar Betriebsstillegungen, nachdem neue Abgabengebiete trotz aller Bemühungen nicht gefunden werden konnten. In diesen Kreisen gibt man Frankreich die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen.

Die kurze Meldung ist charakteristisch dafür, wie geschickt gewisse Leute Tendenzen betreiben. Sie kommt zwar aus dem elbischen Raum, hat aber bestimmt einen der dortigen deutschen Textilfabrikanten zum Vater. Denn es sind mehr die „Arbeitgeber“, die eine Minderung ihres Profits befürchten und die sich nur hinter die „Arbeitnehmer“ verstecken, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. So wirds überall gemacht!

Rußland kauft in Italien.

Die „Epoca“ meldet aus Rom, daß die russische Handelsvertretung mit einer Gruppe italienischer Banken und Fabriken einen Vertrag auf Lieferung italienischer Waren im Betrage von 300 Millionen Lire abgeschlossen hat. Es handelte sich vorwiegend um Manufakturwaren, Schuhe und Kurzwaren. Die Zeitung weist darauf hin, daß der Gesamteinkauf Rußlands in Italien vor dem Kriege im Jahre niemals eine derartige Summe erreicht habe.

Antilige Desorientierung der Berliner Börse.

vom 13. Juli.			
1 Pfund Sterling	20,442	100 fr. Francs	12,79
1 Dollar	4,275	100 sch. Kronen	12,478
100 holl. Gulden	168,54	100 Schweizer Francs	81,64
100 belg. Francs	19,55	100 Roubles	61,08
100 norw. Kronen	73,69	100 hngw. Kronen	113,99
100 dnmrg. Gulden	31,09	100 000 ung. Kronen	5,915
100 öst. Schilling	15,85	100 öst. Schilling	54,194
100 dan. Kronen	66,52		

Geschäftliches.

Eine Ausgabe von nur 10 Pfennig pro Tag ermöglicht es jeder forschenden Mutter, ihrem Liebling in der Zeit der Entwöhnung den guten Opal-Käse zu geben. Die Opal-Käse-Rolle dieses Käse und Käse enthältenden mit reiner Butter hergestellten Käse, kostet nur 10 Pfennig. Und welche Mutter würde ihrem Kind nicht dies schmeckende Osterbraten, zumal, wenn sie weiß, daß durch Opal-Käse, während der Zahnentwicklung, und das Wachstum der Knochen, sehr gefördert wird. Geschäftlich in allen Apotheken, Drogerien und Lebensmittelhandlungen.

Genossenschaftswesen.

Zersplitterungsarbeit auch in den Konsumvereinen.
 Seit April gibt die deutsche Filiale Moskaus wieder eine „Genossenschaftszeitung“ heraus, deren Zweck die Vertiefung der Konsumvereine im Sinne der Komintern und Hilfe gegen die „reformistischen Kräfte“ ist. Da die Rubel ansehnlich knapper liegen als früher, muß das Blatt „finanzieren“ werden. In einem Rundschreiben der Zentrale des R.D. Sekretariats, Berlin, an die kommunistischen Fraktionen in den Konsumvereinen vom 2. April hieß es:

Wie auch bekannt ist, noch längerer Zeit jetzt zum ersten Male wieder die „Genossenschaftszeitung“ herausgegeben. Dieses unabhängige Organ für die proletarischen Interessen in den Konsumvereinen ist ein wichtiges Hilfsmittel im Kampfe der revolutionären Arbeiter gegen Reaktion und Reformismus. Weiber ließ sich die Auflage nicht erhöhen, da besonders unsere Fraktionen bei der Entscheidung zur Finanzierung verweigert haben. Trotz unserer Bepreisung im Beirat der Genossenschaftsleitung wegen Erziehung eines Interests an die „Genossenschaftszeitung“ haben diesmal nur ... und ... Interesst aufgegeben.

Weiter wird von der Herausgabe einer doppelt so hohen Auflage der Nr. 2 zur Reichspräsidentenwahl am 26. April gesprochen und dazu gefordert:

Das ist aber nur möglich, wenn diesmal alle Fraktionen ihrer Verpflichtung auf Unterstützung der proletarisch-revolutionären Genossenschaftsarbeit nachkommen, das heißt, wenn insbesondere unsere R.D.-Verwaltungsmittelglieder im Vorstand und Aufsichtsrat jetzt Erteilung eines Interests beschließen. ... Wir bitten also alle Fraktionen, insbesondere alle unsere Genossen in den Aufsichtsräten und Vorständen, in der Verwaltung einen Beschluß auf Erteilung eines Interests herbeizuführen.

Interessant ist, daß es unter anderem auch noch heißt: Die „Genossenschaftszeitung“ kann uns bei der Aufklärung breiter Arbeitermassen und ihrer Loslösung von den verhängnisvollen sozialdemokratischen Einflüssen der Hamburger gute Dienste leisten.

Worauf dann wieder der Finanzierungsfrage ausgetreten wird:

Wir erwarten Einberufung der Verwaltungssitzung und auch Beschlußfassung über die Erteilung eines Interests und Einleitung des Textes bis spätestens den 16. als endgültigen Termin.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat darauf hingewiesen, daß Genossenschaften, die sich für diese parteipolitische „Aktion“ mißbrauchen lassen, gesetz- und lebenswidrig handeln und darauf geachtet sein müssen, daß die Konsequenzen ihres Verhaltens gezogen werden.

Für die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Auf dem diesjährigen Kongress der schweizerischen Konsumvereine in Aarau wandte sich der Präsident August Babel mit bemerkenswerter Schärfe gegen die kommunistischen Treiber. Er führte unter anderem aus: „Der Grundgedanke der Neutralität ist in letzter Zeit das Angriffsobjekt einer bestimmten politischen Partei geworden. Es wird verlangt, daß die Genossenschaften ihre finanziellen Mittel zugunsten der Klassenkämpfe der Proletariats verwenden. Sie sollen eine Kampfzentrale der Klassenbewußten revolutionären Arbeiter sein und ganz in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden. ... Der Internationale Genossenschaftskongress in Gené hat zur Frage der Neutralität Stellung genommen und mit großer Mehrheit beschlossen, an diesem Prinzip festzuhalten. Auch die schweizerischen Delegierten haben der Zurückhaltung der Neutralität zugestimmt. Unsere bisherige Linie nimmt sich nun die Freiheit, diese Haltung der schweizerischen Delegation ausdrücklich zu bestätigen. Ihnen, Delegierte, brauche ich nicht auseinanderzusetzen, daß die Befolgung der von der kommunistischen Partei aufgestellten Grundzüge unsere Genossenschaften ins Verderben stürzen würden. Wenn diejenigen Mitgliederkreise, die nicht auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, von der Zeitung ausgeschlossen und ihres Mitgliedschaftsrechts beraubt würden, so wäre eine Spaltung und damit der Ruin vieler Genossenschaften die unausweichliche Folge. Das Ziel, das sich die Genossenschaften gesetzt haben, könnte nicht erreicht werden. ... Wir müssen also die Forderungen der äußersten Linken als undurchführbar ablehnen. Sie sind nicht nur prinzipiell verwerflich, sondern ihre Anwendung würde in der Schweiz einen Zerfall der Konsumgenossenschaften herbeiführen. Sollen wir also an der bewährten Neutralität festhalten?“

Breslauer Produktbörse vom 13. Juli.

Anteilige Notierungen der an der Breslauer Produktbörse vom 13. Juli 1925 gezeichneten Waare in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartons für den Erzeugerpreis) ab jährlicher Verlabelung in vollen Packungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich frachtpartig verkaufen lassen). Tendenz: Getreide: Wenig Geschäft. Wirtschaft troden, transitorische Wintergerste wird weit über Notiz bezahlt. — Weizen: Ruhig, troden, transitorischer Kaps wird weit über Notiz bezahlt. — Kartoffeln: Nachfrage des dauernden Regenwetters wenig Angebot.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):
 mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	13.	11.	Decksachen	13.	11.
Weizen	25,00	23,00	Winterweizen	28,00	—
Roggen	24,50	22,50	Umschlamm	27,00	—
Hafer	26,00	26,00	Semmelmehl	58,00	—
Erbsen	25,00	25,00	Flachmehl	28,00	—
Neue Weizen	19,50	18,80	Robt, blau	112,00	—

Anteilige neue Früh-Speisekartoffeln, rote und weiße 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150, 1200, 1250, 1300, 1350, 1400, 1450, 1500, 1550, 1600, 1650, 1700, 1750, 1800, 1850, 1900, 1950, 2000, 2050, 2100, 2150, 2200, 2250, 2300, 2350, 2400, 2450, 2500, 2550, 2600, 2650, 2700, 2750, 2800, 2850, 2900, 2950, 3000, 3050, 3100, 3150, 3200, 3250, 3300, 3350, 3400, 3450, 3500, 3550, 3600, 3650, 3700, 3750, 3800, 3850, 3900, 3950, 4000, 4050, 4100, 4150, 4200, 4250, 4300, 4350, 4400, 4450, 4500, 4550, 4600, 4650, 4700, 4750, 4800, 4850, 4900, 4950, 5000, 5050, 5100, 5150, 5200, 5250, 5300, 5350, 5400, 5450, 5500, 5550, 5600, 5650, 5700, 5750, 5800, 5850, 5900, 5950, 6000, 6050, 6100, 6150, 6200, 6250, 6300, 6350, 6400, 6450, 6500, 6550, 6600, 6650, 6700, 6750, 6800, 6850, 6900, 6950, 7000, 7050, 7100, 7150, 7200, 7250, 7300, 7350, 7400, 7450, 7500, 7550, 7600, 7650, 7700, 7750, 7800, 7850, 7900, 7950, 8000, 8050, 8100, 8150, 8200, 8250, 8300, 8350, 8400, 8450, 8500, 8550, 8600, 8650, 8700, 8750, 8800, 8850, 8900, 8950, 9000, 9050, 9100, 9150, 9200, 9250, 9300, 9350, 9400, 9450, 9500, 9550, 9600, 9650, 9700, 9750, 9800, 9850, 9900, 9950, 10000.

Beste Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur	Wind	Nieder	Wetter			
14. 7. 25.	heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter			
Krieten	18	18	14	N 1	SS	—	Wolke
Reiters	18	14	11	NO 2	7	—	Nebel
Schneelotte	9	6	5	O 4	35	—	Regen
Hoflauerbaude	—	—	—	—	—	—	—
Schneelotte	—	—	—	—	—	—	—
Reine Schlesiache	—	—	—	—	—	—	—
Landes	13	15	12	SW 1	18	—	Regen
Grünberg	16	—	—	—	—	—	Wolke
Görlitz	14	17	12	NW 1	19	—	bedekt

Anteilige Wetternachrichten.
 (Vorherige der Wetterwarte Krieten bei Redaktionsbüro). Die von den Karpaten gekommenen Störungen, die die Schleißen verbreiteten Regen gebracht haben, haben zwar Energie verloren, nunmehr aber auch dem übrigen Deutschland leichte Regenschauer gebracht. Das Schönwettergebiet über Skandinavien und Südwesteuropa verlegt sich langsam weiter nach Osten, so daß wir mit zunehmender Deutlichkeit rechnen können. Aussehen: Besseres harte Aufklärung, Wärmer, Entwicklung zu örtlicher Gewitterbildung.

Wasserstand
 vom 14. Juli 1925.

Station	Wasserstand	Wasserwärme
Radibor	4,27	16,8
Reife (Stab) (n. 18. 7.)	2,96	16,8
Reife (Stab) (u. 18. 7.)	2,96	16,8
Reife (Stab) (u. 18. 7.)	2,96	16,8
Reife (Stab) (u. 18. 7.)	2,96	16,8
Reife (Stab) (u. 18. 7.)	2,96	16,8

Werbt ständig für unsere Zeitung

Mitten aus seinem arbeitsreichen, nie rastenwollenden Leben, verschied am 11. Juli nach kurzem Krankheitslager unser Vater und Großvater, mein Lebenskamerad, der Konfektionsmeister

Hermann Fiebig

wenige Tage nach Vollendung seines 62. Lebensjahres.
 Breslau, den 13. Juli 1925

Familie Gustav Fiebig
 Elisabeth Weiss, nebst Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, den 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes in Gräbchen.
 Trauerhaus: Breslau-Gräbchen, Fliederweg 38.

Hofrat Dr. Begers

Augenbalsam

Augensalbe

altbewährt bei Augen- und Nervenschwäche, sowie bei Migräneständen. ärztlich empfohlen gegen entzündete Augen und nächtliches Zukleben derselben.

Erschließlich in den Apotheken, sicher: Apotheke in der Schweidnitzer Straße, Ecke Hummerl, Aeskulap-Apotheke, Ohlauer Straße, Kranzmarkt-Apotheke, Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße, Mohren-Apotheke, Samariter-Apotheke, Pöpelwitz, Stern-Apotheke, Matthiassstraße, Storch-Apotheke, Molkestraße, oder direkt durch Apotheke Königstein (Elbe).

Wohnungen

Lausche
 Hausvermittlung geg. Wohnung oder Reinigung im Südost. Zusätzliche Krieten, Kellerräume 25. 7597

Lausche
 Zienstr. Ende, 1fenstr. Küche (Mikroskop) in gl. große oder etwas größere. Gegen gleich. Off. unter St. 188 an die Exp. d. Sig.

Hüte
 Die ganze Mode in allen Farben. Carlplatz 3. R. Glücksmann

An 11. Juli verschied unser langjähriges Mitglied, der Konfektionsmeister

Hermann Fiebig

im Alter von 62 Jahren. 9262

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 15. Juli, nach 5 Uhr, von der Leichenhalle (Gierische Kapelle) Gräbchen. Trauerhaus: Fliederweg 38. Distrikt 35.

An 11. Juli verschied unser langjähriger Genosse

Hermann Fiebig

im Alter von 62 Jahren. 9263

Sein Andenken werden in Ehren halten

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle (Gierische Kapelle) in Gräbchen etc. — Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Die Bestattung.

Arbeiter-Bildungs-Verein Krieten

Unser langj. Mitglied

Hermann Fiebig

ist verstorben. 7289

Ein herrliches Andenken bewahren für

Die Mitglieder des Vereins.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gräbchener Konsumvereins-Friedhofes an.

Buchdruckerei Volkswacht

Schauspielhaus

Operettenbühne

Telefon Ring 2545.

Täglich 8 Uhr:

Gesamtspektakel

des

Wiener Ronacher-Theaters

„Hallo! Hallo!“

Große Ausstattungs-Revue in 15 Bildern.

Stilvolle elegante

Frad- u. Rad-Verkäufe

H. Mohaupt
 Rasbitzstraße 1, L. Tel. R. 1301
 über Oberstraße.

Möbel
 Spiegel 3129
 Polsterwaren
 Metallbetten
 komplette Küchen gegen bar oder 5-10 Mk. wöchentliche, 14tägige oder monatliche Teilzahlung. Auswärts franko.
H. Koch,
 Elektrost. 14.

Biochemie

Dr. med. Schäffler.

Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Wildeburg“, Neudorfstr. 54, (Straßenbahnverb. Linie 15, 17, 22, 23).

Mitglieder-Versammlung.

Ausschließl. Vortrag des 1. Vorsitzenden über Magen- und Darmkrankungen, ihre Ursachen, Vorhütung und Heilung mit biochemischen Mitteln.

Mitglieder frei. Gäste 20 Pf.

Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1913, E. V.
 Gemeinnütziger Verein zur Hebung der Volkswohlfahrt nach Dr. med. Schäffler's Mineralstofflehre. Maschinger, 1. Vorsitzender.

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 3, Neue Graupenstraße

Stadt-Theater.

Gelehrte Gesellschaft von Mitgliedern des Wiener Burgtheaters

Donnerstag, 14. Juli, 8 Uhr:
„Maus Fieber“.

Mittwoch, 15. Juli, Donnerstag, 16. Juli, abends 8 Uhr:
„Die unerschrockene Maria“.

Allerbeste schmelzbare Holzeisen-Butter

bringt ich heute wider alles Erwarten zu dem sehr billigen Preise von nur 1.28 per Pfund zum Verkauf.

Ich betone ausdrücklich, es handelt sich um nur frische und beste **Schmelzbare Holzeisen-Butter.**

Schwermetall-Großhandlung
Max Schönfelder
 Breslau 1, Hindenburgstr. 12

Salesisches Landesordensicr.
 Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: 3293

Südpark-Konzert

Symphonie Nr. 13 G-dur Haydn

Jedem Deutschen wöchentlich ein Bad.

Breslauer Hallenschwimmbad

Versammlungs-, Musik-, Bad-, Inhalatorium. Werktäglich von 8 bis 8 Uhr.

Victoria-Theater

Heute Dienstag, 8 Uhr. 3241

Ringkämpfe

im freien Stil. Jeder Griff erlaubt

Es ringen:
 Tawall — Thiermann
 Mankin — Hango 3292
 Borkel — Lomig

Entscheidungskampf:

Dr. Weber — Kestonald

Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzlich einsp. Anzeigen v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfg., Letz 4 Pfenninge.

Wasserdicht (Gummi), fast neu, verkauft Montag, Weinstr. 84.
 Kabinenverlet mit Apparatieren und Dettol zu verkaufen. Wengle, Kantstr. 41.

Arbeitsmarkt

Bandjägerschneider

erfahren, tüchtige Kraft gesucht. Näherungen mit Angabe der bisherigen Tätigk. ist unter Nr. 199 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kron- u. Mädchen
 für alle und Haus. hoch über gel. 3549
 Spingelstr. 12, I, z.

